

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung

17. Sitzung
9. Januar 2013

Beginn: 15.36 Uhr
Schluss: 17.38 Uhr
Vorsitz: Cornelia Seibeld (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|
| . | Stellungnahmeverfahren des Hauptausschusses vom 7. November 2012 | <u>0098</u>
Recht |
| Schreiben SenJustV – I C 6 – vom 11.10.2012 | | |
| Evaluation der zuwendungsgeforderten Projekte der Straffälligen- und Opferhilfe (Evaluationskonzept) – Aufhebung eines qualifizierten Sperrvermerks für das Jahr 2013 | | |
| (Kapitel 0600/Titel 684 06) | | |
| betr. Auflage Nr. 33 zum Haushalt 2012/2013 | | |
| (Drucksache 17/0400) | | |
| – Rote Nr. Haupt 0631 – | | |

Dazu liegt dem Ausschuss ein Schreiben des Vorsitzenden des Hauptausschusses vom 13. Dezember 2012 vor, mit dem der Hauptausschuss eine Fristverlängerung bis zum 6. März 2013 für die Stellungnahme unseres Ausschusses übermittelt hat. Nichtsdestotrotz sind wir dafür gerügt worden, dass wir nicht schon im vergangenen Jahr eine Entscheidung zu

dem Evaluationskonzept getroffen haben. Wir haben uns vorgenommen, eine Anhörung zu diesem Tagesordnungspunkt zu machen. Die beiden Anzuhörenden sind auch schon da. Wird ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt gewünscht? – [Andreas Gram (CDU): Ja!] – Dann soll das so geschehen. Soll es eine Begründung zu diesem Tagesordnungspunkt durch die Fraktionen geben? – Das ist offenbar nicht der Fall, sodass wir direkt den Anzuhörenden das Wort geben können. Haben Sie intern schon eine Reihenfolge festgelegt, wer von Ihnen beginnen möchte? – [Prof. Dr. Peter Sauer: Ja, das haben wir!] – Dann überlasse ich das Ihnen und gebe Ihnen das Wort.

Prof. Dr. Peter Sauer (Institut für Innovation und Beratung an der EHB): Wir möchten die Vorstellung sehr kurz machen, weil ich denke, Sie haben wahrscheinlich Fragen, die interessanter sind als das, was wir schriftlich niedergelegt haben und bei Ihnen wahrscheinlich schon angekommen ist. Wir gehen selbstverständlich bei dieser Evaluierung davon aus, dass grundlegende Evaluationsprinzipien wie Unabhängigkeit des Teams, das sind wir bzw. noch zwei weitere Personen, hier vorliegen. Das schließt auch ein, dass wir bis zu einem gewissen Punkt dann sagen: Wir machen diese Evaluierung, oder wir machen Sie eventuell auch nicht. Das ist die Frage der Partizipation auf allen Ebenen, die denkbar sind. Eine Partizipationsebene haben wir hier. Das geht dann weiter in die Verwaltung. Das geht dann weiter auf Berlin, auf die Projekte usw. Es geht um die Glaubwürdigkeit bei den Evaluationsprinzipien, und es geht darum, dass wir nach allen Seiten und mit alledem, was wir tun, Transparenz schaffen und das nicht vor uns hin forschen, ohne dass darüber irgendjemand etwas weiß.

Evaluation ist immerhin ein Widerstreit, wenn man in die Literatur geht, zu der Frage von Wissenschaftlichkeit. Evaluation ist keine wissenschaftliche Untersuchung, sondern die Nützlichkeit steht im Vordergrund, das heißt, die Nützlichkeit in der Form, dass Sie für Ihre Entscheidungen bestimmte Dinge gewinnen, Vorschläge und Empfehlungen gemacht werden, die Sie übernehmen können. Es geht also um die Nützlichkeit. Die Evaluierung muss durchführbar sein, das ist überhaupt kein Problem. Fairness gegenüber allen Partnern, das heißt, Vertrauenschutz gegenüber Meinungen, die wir jetzt im Laufe des Untersuchungsprozesses hören, und es geht um die Genauigkeit, also das, was gemessen werden kann, soll auch gemessen und nicht nur verbal ausgedrückt werden.

Um das Gesamtvorhaben bzw. die einzelnen Projekte dann zu bewerten, geht es um folgende fünf Evaluationskriterien, die wir sozusagen an das Gesamtsystem und die Projekte anlegen. Es geht zum einen um die Relevanz, das heißt, das, was dort getan wird, in Übereinstimmung mit vorrangigen Zielen und Policies. Hier spielt natürlich die Frage der Ordnungspolitik, der Gesetze usw. hinein. – Die zweite Frage, die immer eine Rolle spielt, ist: Erreichen wir denn Effektivität? Erreichen wir die sozusagen vorgegebenen Ziele? Die Grundfrage ist: Haben wir eigentlich Ziele? Wie erreichen wir die Ziele auf den unterschiedlichsten Ebenen? Jede Art von Maßnahme muss sich natürlich die Frage stellen lassen: Wie ist denn das Verhältnis der eingebrachten Ressourcen zu dem Ergebnis, also die Frage der Effizienz? Dort, wo Dinge vergleichbar sind und Dinge gemessen werden können, ist diese Frage der Effizienz wichtig. Das wird nicht in allen Fällen sein, aber in manchen Punkten wird das sicher eine Rolle spielen. Die Wirkung der Maßnahme bezeichnet hier das, was sozusagen bei den unterschiedlichsten Zielgruppen auf den verschiedensten Ebenen erreicht werden soll, also Veränderungen durch die Maßnahme selbst, nicht den Output, sondern die Wirkungen, die durch den Output erzielt werden sollen. Es geht bei der Evaluierung als Entscheidungskriterium auch um die Nachhaltigkeit. Ist das, was da erreicht wird, anhaltend oder nicht?

Wir werden im Laufe dieser Untersuchungen eine Reihe von methodischen Instrumenten einsetzen. Wichtig ist die Recherche, um den gesamten Kontext überhaupt zu klären. Was wird überhaupt gemacht? In welchem Zusammenhang steht das usw.? Natürlich geht es um die Analyse der vorhandenen Datenmaterialien. Hier gibt es von dem DPW bzw. dem Beauftragten des DPW eine ganze Reihe von Daten, die vorliegen, die Sie kennen. Es wird jedes Jahr ein Bericht erstellt. Es werden Berichte über die Projekte erstellt usw., sodass hier ein umfängliches Datenmaterial vorliegt. Da stellt sich natürlich die Frage: Ist dieses Datenmaterial sinnvoll? Werden eventuell Daten erhoben, die gar nicht gebraucht werden? – usw. Das spielt alles hier rein. Wichtigstes Instrument dürften die Interviews mit allen Beteiligten sein, das heißt, sowohl in der Senatsverwaltung mit den verschiedensten Verantwortlichkeiten für die unterschiedlichsten Projekte bis hinauf zum Senator. Das dürften Interviews mit dem durchführenden freien Träger DPW sein und natürlich dann mit den Projektträgern, mit den Verantwortlichen der einzelnen Projekte und den JVAs. Ganz entscheidend ist für uns die Frage: Wie ist eigentlich die Steuerung in den einzelnen JVAs der verschiedensten Maßnahmen? Was sich in dieser Voruntersuchung gezeigt hat, ist, dass da nicht nur freie Träger tätig sind, die bestimmte Angebote machen, sondern in den JVAs gibt es auch andere Aktivitäten, die durchaus ähnlich gelagert sind. Das wollen wir in Interviews oder strukturierten Gesprächen dann erheben. Wenn Ergebnisse vorliegen, ist es vielleicht sinnvoll und effizienter, wenn wir mit Gruppendiskussionen arbeiten, wenn wir bestimmte Dinge dann in Gruppen geben können. Das können gleichartige, homogene oder andere Gruppen sein, mit denen wir dann bestimmte Ergebnisse diskutieren wollen. Selbstverständlich spielt es eine Rolle, dass wir in die JVAs gehen, dass wir in die einzelnen Projekte gehen, uns die einzelnen Projekte ansehen und Beobachtungen vor Ort machen und natürlich auch, dort, wo es angebracht ist, mit den Betroffenen sprechen. Workshops müssen noch diskutiert werden, inwieweit dann Ergebnisse in Workshops eingebracht und dort weiter diskutiert werden.

Im Laufe der Voruntersuchungen hat sich deutlich herausgestellt, dass es keinen Sinn macht, alle Vorhaben sozusagen sofort zu evaluieren, sondern es hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, wenn wir erst einmal die Kontextbedingungen, die Policy und den Rahmen klären, in dem das überhaupt stattfindet und dann eventuell in einer zweiten Phase sozusagen auf die Ebene der Projekte gehen und die einzelnen Projekte evaluieren. Das könnte auch sein, dass ein Ergebnis, eine Empfehlung unsererseits sein könnte, am Ende einer ersten Phase: Lässt das mit der Projektevaluierung, das bringt nichts! – Das müsste man einfach sehen. Das scheint opportun zu sein, erst mal diesen Überbau zu klären und dann zu sagen: Welchen Beitrag leisten denn die einzelnen Projekte innerhalb dieses Policy-Bereichs? Eine zweite Phase wäre dann die Projektbewertung. Wir würden hier immer dafür plädieren, dass wir sagen: Nehmen Sie erst einmal die Ergebnisse der ersten Phase zur Kenntnis und überlegen dann, ob und wann eine zweite Phase angesetzt werden sollte.

Jede Evaluierung bedeutet auch, dass derjenige, der den Auftrag gibt, Ressourcen einsetzen muss. Es wäre schön, wenn man einfach den Auftrag vergeben und dann irgendwann das Ergebnis wieder annehmen könnte. Das ist nicht immer der Fall. Sie müssen sich darauf einrichten bzw. die Verwaltung muss sich darauf einrichten, Sie weniger, Sie heute auch, dass da Zeitressourcen eingebracht werden müssen und dass uns auch die relevanten Dokumente und Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Das ist manchmal bei Evaluierungen ganz schwierig, wenn man sozusagen diese Unterlagen nicht bekommt, sondern immer nachfragen muss: Ich habe gesehen, da gibt es doch noch das, das und das. – Eine vollständige Evaluierung

heißt auch, eine Offenheit in der Transparenz vonseiten desjenigen, der das in Auftrag gibt. Natürlich brauchen wir auch, und das ist ganz klar, wenn wir z. B. in die JVAs gehen, eine Hilfestellung der Verwaltung, dass wir sozusagen dort Gespräche führen können. Das muss arrangiert werden. Das können wir nicht aus eigenem Antrieb tun. – Das war es ganz schnell und kurz. Ich bin gespannt auf Ihre Fragen.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Wunderbar! Ein vorbildlicher Anzuhörender in einer vorbildlichen kurzen Zeitspanne. Die Aussagen sind informativ und enthalten alles, was man wissen möchte. Deswegen jetzt die Fragen der Kollegin. – Frau Möller, bitte!

Katrin Möller (LINKE): Vielen herzlichen Dank! – Vielen Dank für die Ausführungen! Ich finde, das Konzept ist sehr tragfähig und auch ein guter methodischer Mix, wenngleich es auf den ersten Blick so aussieht, dass die Gewichtung doch sehr auf den Dokumenten, Daten und auf dem Berichts- und Aktenstudium basiert. Das sind Unterlagen, die von den Trägern und den dort arbeitenden Menschen selbst hergestellt werden. Deshalb finde ich, dass das als Quelle doch relativ kritisch zu sehen ist, gerade, wenn Sie jetzt beschreiben, dass möglicherweise die Evaluation gar nicht in Phase 2 oder 3 übergehen wird. Vor dem Hintergrund hätte ich zwei kleine Nachfragen. Es steht auch in dem Anschreiben, dass das Konzept in der weiteren Bearbeitung Modifikationen in Hinsicht auf die Reihenfolge und Gewichtung erfahren kann. Sie sind sicherlich gerade auch noch in dem Prozess. Ich habe gerade gelesen, in diesen Voruntersuchungen haben Sie mit allen Beteiligten Workshops und Befragungen durchgeführt. Alle haben gesagt, dass sie es wichtig finden, dass die Nutzergruppe, also die Gefangenen, in den Prozess der Evaluierung einbezogen werden muss. Das passiert nach dem jetzt vorliegenden Vorschlag erst in Phase 3, wenn ich das richtig verstanden habe, unter: Fokus auf Interviews mit Zielgruppenvertretern. – Wenn Sie beschreiben, dass es noch unklar ist, wie tiefgehend die Evaluation sein wird, würde mich interessieren, ob das vielleicht auch umgestellt werden kann, dass die Gefangenenvorstellung oder überhaupt die Nutzer der Angebote in die Evaluation einbezogen werden. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist, weil Sie gerade auch über Kontextanalysen und den Überbau sprachen: Bei den Untersuchungsbereichen, die Sie hier aufgeführt haben, sind z. B. die äußeren Rahmenbedingungen nicht aufgeführt, womit ich meine, dass wir bei Besuchen in den Anstalten erlebt haben, dass der Strafvollzug durchaus als Indikator für gesellschaftliche und politische Veränderung oder für eine andere Bevölkerungsstruktur in der Stadt zu sehen ist. Uns wurde dort berichtet, dass tendenziell mehr Zuwanderer auch in die Justizvollzugsanstalten einziehen und dass speziell bei den Jugendlichen ein tendenziell rückläufiges Bildungsniveau zu verzeichnen ist, das auch einen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeit und auch auf die Zielsetzung hat. Kann ich hier z. B. überhaupt einen Berufsabschluss erlangen? – und dergleichen mehr. Es würde mich interessieren, wo und wann das Berücksichtigung findet.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Ich schlage vor, dass wir erst einmal sammeln und dass Sie dann am Stück beantworten können. – Ich habe als Nächsten den Kollegen Gram auf der Rednerliste stehen.

Andreas Gram (CDU): Meine Dame, mein Herr! Vielen herzlichen Dank auch seitens meiner Fraktion. Ich habe natürlich im Nachgang, wenn ich das Wortprotokoll noch mal gelesen habe, alles auf mich wirken lassen, wahrscheinlich noch weitere Fragen. Mich interessiert die Interaktion zwischen Ihnen und den Befragten. Wie war da eigentlich die Bereitschaft? Wie

sind Sie auf die Leute zugegangen? Haben Sie denen erklärt, was möglicherweise, wenn ein solcher Auftrag erteilt wird, auf sie zukommen wird? Das würde mich vom methodischen Ansatz her interessieren, inwieweit da möglicherweise auch Antworten vorgegeben werden, weil man schon weiß, was auf einen zukommt.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Gibt es weitere Fragen? – Herr Kollege Dr. Behrendt!

Dirk Behrendt (GRÜNE): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Auch meine Fraktion verspricht sich von diesem Prozess eine ganze Menge, weil wir durchaus der Auffassung sind, dass es zum einen immer gut ist, zu gucken, wenn man Geld für irgendetwas ausgibt, ob man es sinnvoll ausgibt. Aber gerade im Bereich Strafvollzug, der eine Großbaustelle ist, ist über Wirkungsforschung nachzudenken. Welche Maßnahmen wirken wie? Wo kann man das Ziel Resozialisierung erreichen? Deswegen wäre auch meine erste Frage: Ich habe das jetzt so wahrgenommen, dass Sie vor allem aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich kommen. Gibt es dort auch kriminologische Erkenntnisse.

Sie haben eine bestimmte Klientel, die Opferhilfe außen vor gelassen, aber die anderen Projekte richten sich alle an Strafgefangene. Werden auf Ihrer Seite kriminologische Erkenntnisse und Sachverstand mit einbezogen? Ich glaube, es macht schon Sinn. Frau Möller hat darauf hingewiesen. Wir haben es mit einer bestimmten Klientel zu tun.

Punkt 2: Sie haben selbst angesprochen, dass Sie die Nachhaltigkeit der Projekte untersuchen wollen. Auch das ist eine wichtige Sache, dass man nicht nur guckt: Wie wirkt das in einem halben Jahr? – sondern insbesondere die Frage nach der Entlassung, also beim Übergangsmanagement. Ist ein straffreies Leben möglich? Sind nicht die ersten drei Wochen interessant, sondern auch eine längere Perspektive? Deswegen meine Frage. Sie schreiben selbst, dass Sie sich die Projekte bis ins Jahr 2010 zurück angucken, also für einen zweijährigen Zeitraum. Mich würde interessieren, warum Sie diesen zweijährigen Zeitraum gewählt haben und nicht weiter zurückgehen und vielleicht auch mal einen Blick darauf nehmen, was Sie vor drei oder vier Jahren – das sind viele Projekte, die wir schon seit langem fördern – gemacht haben. Das würde die Chance bieten, wenn man sich die Betroffenen heute anguckt, noch genauer erfassen zu können, ob es wirksam war oder nicht, was die dritte Frage anschließt. Ich bin kein Sozialwissenschaftler und habe auch keine Erfahrung mit Evaluation, aber wie ich es mir vorstellen würde, wie man herangehen könnte, wäre, eine Vergleichsgruppe oder zwei Gruppen von Gefangenen zu bilden, der einen die Projekte angedeihen, also beispielsweise das Übergangsmanagement, da wäre es möglich, die Gruppe rauszufinden, und eine, bei der das nicht der Fall ist und dann zu gucken: Lässt sich denn nach einer gewissen Zeit, wo die Projekte dann ihre Wirksamkeit entfaltet haben, ein Unterschied feststellen, wenn man die halbwegs gleich bestimmt und nicht zu klein macht usw. und so fort, dass Individuelles dann nicht mehr so zum Tragen kommt? Planen Sie so etwas? Ist das mit drin? Das habe ich, vielleicht auch aus mangelndem Verständnis, hier nicht erkennen können. Wie sieht es mit der Vergleichsgruppe aus? Da würde mich auch interessieren, die Kollegin Möller hat darauf hingewiesen, wir haben es im Strafvollzug mit vielen Migranten zu tun, ob Sie auch einen interkulturellen Blick mitbringen auf die besonderen Spezifika. Wir haben Projekte, die sich ausschließlich an migrantische Gefangene wenden. Was haben Sie da vor, diese besondere Anforderungen in die Evaluierung einfließen zu lassen?

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Dann hat sich noch der Kollege Rissmann gemeldet.

Sven Rissmann (CDU): Das geht in die Richtung, die der Kollege Dr. Behrendt gerade angesprochen hat. Es geht uns darum, zu überlegen: Wie kann man die Wirksamkeit von Maßnahmen, von Projektarbeit untersuchen und damit sicherstellen, dass öffentliche Gelder nachhaltig eingesetzt werden? Was ich Ihrem Konzept entnommen und auch gerade in der Vorstellung verfolgt habe, sollen dazu eher subjektive Momente dienen, also Interviews mit Betroffenen, Vororintaugenscheinnahmen usw. Ist es möglich oder angedacht, oder habe ich es überehren, dort auch ein eher objektives Moment, also einen empirischen Aspekt einzusetzen, indem man die bekannten Rückfallquoten nimmt – darüber gibt es Aufzeichnungen in der Senatsverwaltung für Justiz, wie hoch die Rückfallquoten sind – und untersucht, über einen belastbaren Betrachtungszeitraum, wie hoch die Rückfallquoten von Personen sind, die in den Genuss bestimmter Projektmaßnahmen gekommen sind? Wenn die dann nämlich signifikant niedriger wären als der Durchschnittswert oder gar der Wert von den Personen, die nicht in den Genuss dieser Maßnahmen kämen oder gekommen sind, dann ist das ein gewichtiger Hinweis darauf, ob eine solche Maßnahme nachhaltig war oder nicht.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Dann hat sich noch der Kollege Özkaraca gemeldet.

Erol Özkaraca (SPD): Ich möchte mich zunächst auch erst einmal für diesen interessanten Vortrag bedanken. Mein Eindruck ist, dass das ein sehr umfassendes Evaluationskonzept ist. Und anschließend an das, was der Kollege Rissmann gesagt hat, ist eigentlich das Ziel der Verwaltung nicht nur im Hinblick auf die Kosteneffizienz zu erreichen, sondern wohlmöglich Ergebnisse zutage zu fördern, die die Arbeit effektiver sowohl im Hinblick auf Nachhaltigkeit erreichen. Das ist mir bei dem Konzept noch nicht so rausgekommen. Auch das Evaluationskonzept an sich ist sehr umfangreich. Ich will auch noch einmal fragen, ohne dass man das jetzt falsch versteht, ob es nicht auch weniger kompliziert und einfacher gestaltet zu diesen Zielen führen kann. Gleichzeitig ist nicht nur wichtig zu sehen, inwieweit erfolgreich das ist und welche Erkenntnisse, und das muss ja auch ein Ziel sein, im Hinblick auf Prävention, also dass wir gar nicht immer am Ende der Sache anknüpfen, sondern möglichst schon am Anfang, sich daraus ergeben, denn das würde gerade im Hinblick auf die gesellschaftliche Problematik der Kriminalität im Allgemeinen, aber auch in Bezug auf die Kosten der Rechtsfolgen, Strafe usw., besonders zumindest in unserem Vordergrund stehen. – Danke!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Dann habe ich noch den Herrn Staatssekretär als Fragesteller auf dem Rednerzettel und würde Ihnen, Herr Prof. Sauer, danach das Wort zur Antwort geben.

Staatssekretär Alexander Straßmeir (SenJustV): Vielen Dank! – Einige Abgeordnete haben den Vorgängersenat zu solchen und ähnlichen Fragen mitunter gefragt, ob denn diejenigen, die die Zuwendung empfangen, richtig ausgewählt sind aus der Menge derer, die es insgesamt gibt in der Landschaft der freien Träger. Das ist, jedenfalls ist mir das gespiegelt worden, in der Vergangenheit nicht befriedigend beantwortet worden. Ich bin seit einem Jahr dabei. Ich habe auch noch keine Antwort darauf gefunden. Die Frage ist aber durchaus berechtigt. Die Frage: Ist das Steuerzahlergeld richtig eingesetzt? – darf sich nicht darauf konzentrieren, dass man diejenigen, mit denen man zusammen sich im Geschäft befindet und an die man Zuwendungen leistet, in den Blick nimmt, sondern möglicherweise da auch eine Form von Wettbewerb oder auch andere potenzielle Anbieter mit in den Blick nehmen muss. Wie man das machen soll, ist mir persönlich nicht ganz klar. Das ist jetzt auch nicht ausdrücklich der Auftrag gewesen, den Sie in Ihrem Konzept verarbeitet haben. Die weiterführende Frage zu Ihrem Konzept ist: Ließe sich so etwas auch noch machen? Ginge das überhaupt, und wenn ja, können Sie über diese Frage einfach einmal nachdenken? Insgesamt würde es, das sehe ich selbst, natürlich der Intention, die der Abgeordnete Özkaraca angesprochen hat, zuwider laufen. Wir sind vom und im Hauptausschuss daran erinnert worden, dass es da um eine Menge Geld geht. Also die Frage: Kann man es auch noch ein bisschen schlanker machen als Gutachten? – werden wir uns dann gefallen lassen, und wenn sich der Rechtsausschuss darauf verständigt, wird sich auch der Hauptausschuss dazu noch mal verhalten müssen, und der hat nicht die fachliche Perspektive drauf, sondern eine sehr stark haushälterische Blickrichtung. Deshalb meine Frage: Obwohl es dann mutmaßlich teurer würde, aber ließe sich diese Frage auch noch in irgendeiner Form bearbeiten?

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Bitte schön!

Prof. Dr. Martina Stallmann (EHB): Wir müssen uns erst einmal einigen, wer zu was etwas sagt. Wir haben eine gewisse Rollenaufteilung auch innerhalb des Projekts. Ich bin eher die

Methodikerin in dem Projekt Forschungsmethoden. Das ist vielleicht auch schon eine erste Antwort auf die Frage: Inwieweit haben wir kriminologische Unterfütterungen in unserem Projekt, das eher sozialwissenschaftlich ausgerichtet ist? Wir beide kommen nicht aus dem Bereich, aber, wie gesagt, ich bin Forschungsmethodikerin und er ist Sozialwissenschaftler, und wir haben viel Evaluation gemacht. Wir haben Frau Steffens noch als Hintergrund, nicht unbedingt kriminologisch, aber als Professorin auch an der EHB, die viel auch in dem Bereich Straffälligenhilfe schon gearbeitet hat und das Projekt unterstützt. Das wäre die eine Seite. Eine explizit kriminologische Perspektive haben wir tatsächlich nicht drin, aber das finden wir durchaus auch in Ordnung. Es ist sozusagen in gewisser Weise auch mal ein fremder Blick auf das Gebiet.

Ich konzentriere mich vielleicht auf diesen Bereich Wirkungsforschung der Nachhaltigkeit, der mehrfach angesprochen worden ist. Wir haben diese Zweiphasigkeit in diesem Konzept vorgesehen, wo ich denken würde, dass dieser Teil „Explizite Wirkungsforschung, Nachhaltigkeitsforschung“ schwerpunktmäßig in der zweiten Phase stattfinden würde, weil Wirkungsforschung sich auch daran orientiert: Was wird eigentlich von den einzelnen Beteiligten unter Wirkung verstanden? Das kann auch sehr unterschiedlich sein. Das heißt, erst mal wäre sozusagen die erste Phase dieses Projekts herauszufinden: Was wird jeweils unter Wirksamkeit verstanden, auch von den verschiedenen Beteiligten? Erst dann wäre aus meiner Sicht reinzugehen und explizite Wirkungsforschung zu machen, und auch diese Frage nach der Nachhaltigkeit hatten wir ins Konzept geschrieben. Da war die Frage: Wieso nur zwei Jahre und dann eine Vergleichsgruppe usw.? Das sind alles wunderbare Sachen. Die Realisierung solcher Vorhaben, das kenne ich aus vielen Forschungsprojekten, ist im Einzelfall dann noch sehr kompliziert und differenziert. Wenn ich Nachhaltigkeit und „richtige“ Wirkungsforschung machen will, brauche ich ein Längsschnitt-Design, das über mehrere Jahre läuft. Da bräuchte ich eigentlich auch Vergleichsgruppen. Das heißt, wenn wir uns einen Zwei-Jahres-Zeitraum angucken, dann gucken wir tatsächlich nicht auf einzelne Gefangene und deren Entwicklung in diesem Zeitraum, sondern wir gucken primär auf die Statistiken, die wir sozusagen jetzt vorliegen haben und welche Entwicklungen sich aus diesen verschiedenen Statistiken ergeben. Ein echter Längsschnitt ist das jedenfalls nicht. Das wäre so etwas, was man sozusagen erst im zweiten Schritt, in der zweiten Phase andenken könnte. Ich würde mir dazu erst einmal die Rahmendaten anschauen, die soziodemografischen Daten. Das war von Ihnen die Frage, zu gucken: Wie ist eigentlich die Bedarfslage in den einzelnen Bereichen? Was hat sich verändert? Das sind Dinge, die man auch aus diesen Statistiken sehr gut herausnehmen kann, und das ist dann auch schon vom DPW entwickelt. Da gibt es eine Menge Datenmaterial. Es ist zum einen eher ein Blick auf das vorhandene Material, als eine tiefe längsschnittlich orientierte Wirkungsforschung. – Das vielleicht als erste Antwort auf die Frage, wie weit wir jetzt Wirksamkeit und Nachhaltigkeit im Einzelfall nachweisen können.

Prof. Dr. Peter Sauer (Institut für Innovation und Beratung an der EHB): Vielleicht als Ergänzung zu Ihnen, dort wo Zahlenmaterial vorliegt, das über die zwei Jahre hinausgeht: Wir hätten das selbstverständlich, das Ansehen. Das kommt auch noch mal in die Richtung, wie der Staatssekretär sagte. Natürlich müssen wir prüfen: Warum diese Projekte? – und: Warum diese Projekte mit diesem Ansatz? – und: Warum sind diese Projekte schon so lange in der Pipeline? Das sind Fragen, die jedem sofort kommen, wenn er auf dieses Feld schaut. Es muss aber Zahlenmaterial vorliegen. Es muss irgendwo ein dokumentiertes Gedächtnis da sein, sonst können wir das nicht prüfen.

Ganz generell zu der Frage der Träger: Hier gehört natürlich dazu, dass wir auch eine Zielanalyse des gesamten Feldes vornehmen, denn ohne dass klar wird, welche Ziele Sie eigentlich mit diesen Projekten verfolgen, können die Projekte auf dieser nächsten Ebene gar nicht überprüft werden. Also das, was sich sozusagen als Effektivität zeigt, zeigt sich auf diesen beiden Ebenen, dass Sie sagen: Zum einen gibt es eine Policy. Wir formulieren eine Policy, die irgendwie geartet ist, und jetzt muss die Frage sein: Erfüllen denn Ihre Projekte diese Ziele, die Sie mit dieser Policy erreichen wollen? Das ist natürlich bei der Summe der Projekte und auch bei der Unterschiedlichkeit der Projekte, die wir haben, ein ganz schwieriges Unterfangen, denn die Bandbreite geht hier von wenigen Übernachtungsplätzen zu ganz großen Projekten.

Ergänzend zu dem, was Frau Stallmann sagte, möchte ich auch noch mal hinzufügen, dass es natürlich eine Empfehlung sein könnte, dass wir sagen, wir empfehlen z. B. zum einen für die Summe der Ausbildungsprojekte, und das macht einen ganz großen Bereich in ihrer Förderung aus, eine kriminologische Untersuchung durchzuführen, wo vielleicht mal untersucht wird: Was bringen eigentlich Ausbildungen oder Teile von Ausbildungen für bestimmte Zielgruppen?

Wenn ich das Wort Zielgruppe – da gehe ich noch mal auf Ihre Frage ein – nehme, ist das für uns für die Steuerung dieser Projekte ganz entscheidend. Wenn wir feststellen, die Häftlingsstruktur verändert sich, dann hat das natürlich auch eine Konsequenz oder sollte eine Konsequenz für die Angebote haben. Jetzt stellt sich die Frage für mich: Wie werden die Angebote überhaupt gesteuert? Wer steuert denn was in welcher Folge? Und wenn wir auf die einzelnen JVAs schauen, also nur auf die Projekte, die in den JVAs laufen, dann laufen nicht nur die Projekte, die hier zum Tragen kommen, sondern es sind noch andere Einrichtungen tätig in den JVAs, die durchaus vergleichbare Projekte machen. Da ist die Frage für mich: Wie wird dieser Zusammenhang eigentlich gesteuert?

Prof. Dr. Martina Stallmann (EHB): Es gab eine Frage zur Interaktion zwischen uns als Interviewern und den Zielgruppen, die wir dann befragen. Ich hatte so ein bisschen das Gefühl, es geht in Richtung: Inwieweit wird uns im Sinne von sozialer Erwünschtheit in den Interviews etwas vorgegaukelt? – das mal etwas überspitzt formuliert. Meine Erfahrungen aus vielen anderen Evaluationsprojekten ist so, dass das eher selten der Fall ist. Natürlich gibt es den Faktor sozialer Erwünschtheit immer, dass jemand so antwortet wie er denkt, dass er antworten soll. Das ist ein Fakt in der Sozialwissenschaft. Auf der anderen Seite, dadurch, dass wir mehr perspektivistisch vorgehen, haben wir die Perspektive von mehreren betroffenen Gruppen mit drin, sodass wir sozusagen auch die verschiedenen Sichtweisen miteinander in Beziehung setzen können und insofern da eine Relativierung stattfindet. Insofern bin ich jetzt ganz optimistisch, auch dadurch, dass wir mehr Außenstehende sind und nicht selbst in dem System drin sind, dass wir da zuverlässige und gute Antworten bekommen. Also bin ich sozusagen eher optimistisch.

Prof. Dr. Peter Sauer (Institut für Innovation und Beratung an der EHB): Vielleicht kann ich noch zu diesem Punkt ergänzen: In den Vorgesprächen, die geführt wurden, war eine völlige Offenheit da. Ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass da bestimmte Informationen hintern Berg gehalten wurden oder Ähnliches. Deswegen sehe dieser Sache mit ganz großer Spannung entgegen. – [Prof. Dr. Martina Stallmann (EHB): Haben wir noch etwas vergessen?] –

Prof. Dr. Martina Stallmann (EHB): Ich weiß jetzt gar nicht genau, ob die bei uns im Konzept mit drin waren, aber ich kann es mir durchaus vorstellen, dass sie gerade auch in der ersten Phase mit einbezogen werden sollten. Ich finde, sie gehören dazu. In der ersten Phase werden nicht generell Gefangene reingenommen, sondern Gefangenenvertretungen. Das finde ich gut. Die Gefangenen selber oder Stichproben aus dieser Gruppe wäre für mich eher eine Sache der zweiten Phase, wenn ich wir dann genau wissen oder projektiert haben, was wir eigentlich von denen wissen wollen. Das wäre so eine Teilung.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Waren sonst noch Fragen offen geblieben? – Das ist nicht der Fall. Gibt es noch weitere Nachfragen? – Dann dürfen wir uns ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen haben und hier waren. Selbstverständlich können Sie, wenn Sie Interesse, Zeit und Lust haben, dem Rechtsausschuss weiter folgen, ansonsten wünschen wir Ihnen einen guten Heimweg.

Ich schlage vor, dass wir den Tagesordnungspunkt vertagen und uns das Wortprotokoll noch mal zu Gemüte führen und in der nächsten Sitzung eine entsprechende Beschlussfassung dazu fassen. Ist das so? – Ich sehe Nicken oder jedenfalls keinen Widerspruch. Dann vertagen wir auf die nächste Sitzung und kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Lebensmittel gehören nicht in den Müll! Berliner Strategien gegen die Lebensmittelverschwendung (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

0053

Recht

– [Irene Köhne (SPD): Können wir ein Wortprotokoll erstellen? – Andreas Gram (CDU): Ich bitte auch darum!] – Hierzu haben wir uns auf eine Anhörung verständigt. Der Kollege Gram hat bereits das Wortprotokoll beantragt. Ich darf ganz herzlich Herrn Böttcher und Herrn Kreutzberger begrüßen, Herr Böttcher für den Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels und Herr Kreutzberger als Journalist, Autor und Medienberater mit den Spezialgebieten Umwelt und Verbraucherthemen und Autor der Studie „Die Essensvernichter“. Herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie Zeit gefunden haben und uns heute zur Verfügung stehen. Sie haben auf den Tischen die Unterlagen gefunden, die das Bundesministerium uns zur Verfügung gestellt hat. Ich hatte dem im Vorfeld zugestimmt, dass sie verteilt werden können und hoffe, dass jeder eine als Tischvorlage auf seinem Tisch vorgefunden hat. Wird die Begründung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünscht? – Dann hat Herr Dr. Altug das Wort. – Bitte!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Von meiner Seite auch ein frohes, gesundes neues Jahr. Sehr geehrte Anzuhörende! Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben. Wir haben am 26. April des letzten Jahres diesen Besprechungspunkt anmeldet, weil dieses Thema für uns ein sehr wichtiges Thema ist. Jedes Jahr werden in Deutschland nach Schätzungen zwischen 11 bis 15 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Man muss sich vorstellen, wie groß diese Menge ist. Zugleich leiden ca. 950 Millionen Menschen weltweit an Hunger. Wir denken, dass es weder ökonomisch noch ökologisch, sozial, aber auch ethisch nicht vertretbar ist. Wir wollen mit dieser Anhörung in

erster Linie herausfinden, was Berlin tun kann, um gegen diese Verschwendungen vorzugehen. Dafür haben wir Herrn Stefan Kreutzberger vom Medienbüro Eco als Sachverständigen eingeladen. Er ist Politikwissenschaftler, freier Journalist und Mitautor des Buches „Die Essensvernichter“, das der Frage nachgeht, warum die Hälfte aller Lebensmittel auf dem Müll landet und wer dafür verantwortlich ist. Das Buch war Grundlage des erfolgreichen Films „Taste the Waste“, und er ist seit neuem im Vorstand des neu gegründeten Vereins Foodsharing e. V.

Es gab eine Forsa-Umfrage, und nach dieser Umfrage wissen wir, dass Lebensmittel häufig nicht deshalb weggeworfen werden, weil sie tatsächlich verdorben sind, sondern lediglich, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum, MHD abgekürzt, abgelaufen ist. Für ein Fünftel der Verbraucherinnen und Verbraucher sind die zu großen Packungen ein weiterer Grund, warum sie Lebensmittel wegschmeißen. Kleinere Verpackungseinheiten und eine Überarbeitung des Begriffs „MHD“ könnten auf jeden Fall eine Lösung sein. Aber nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher sind gefordert, es sind auch Supermärkte gefordert. Ein durchschnittlicher Supermarkt wirft täglich 50 Kilogramm Lebensmittel weg. Den Supermärkten angeschlossenen Bäckereien sind häufig vertraglich verpflichtet, dass sie bis 18.30 Uhr das volle Sortiment an Backwaren anbieten müssen. Die Folge ist natürlich, dass viele nicht mehr verkauften Waren auf dem Müll landen, wenn um 20 Uhr die Türen geschlossen werden und mancherorts Backwaren sogar in Form von Brotpellets zum heizen der Backöfen genutzt werden. Das ist moralisch und ethisch, aber auch ökologisch und ökonomisch, wie vorhin erwähnt, nicht hinnehmbar.

Wir hoffen, dass Herr Böttcher vom Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels Vorschläge mitgebracht hat, wie man hier gegensteuern kann. Schließlich werden Millionen Tonnen Obst und Gemüse vom Lebensmittelhandel gar nicht erst akzeptiert, weil sie bestimmte Größen, Formen und Schönheitsideale nicht erfüllen. Sie bleiben auf den Ackern oder werden untergepflügt. Auch der Senat ist hier gefordert, um der auch in Berlin verbreiteten Mentalität kaufen, verfallen lassen, wegwerfen entgegen zu wirken und alle Beteiligten an einem Runden Tisch gegen Lebensmittelverschwendungen zusammen zu bringen. Die Aufgabe dieses Tisches sollte es in erster Linie sein, das Ausmaß der Verschwendungen in Berlin zu untersuchen und Konzepte dagegen zu entwickeln. Dazu gehört auch die Verbesserung der Verteilung von überschüssigem Essen in Berlin. Von zentraler Bedeutung sind schließlich Information und Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Es gibt eine Studie, die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Auftrag gegeben wurde. Nach dieser Studie werden 60 Prozent der weggeworfenen Lebensmittel von Verbraucherinnen und Verbrauchern in Haushalten weggeworfen. Deshalb ist es wichtig, dass man Haushalte informiert. Es ist auch wichtig, dass die Verschwendungen von Lebensmitteln und deren ökologische und wirtschaftliche Folgen ein Thema im Schulunterricht sein muss.

Meine Fraktion wird nach Auswertung der heutigen Anhörung einen Antrag gegen Lebensmittelverschwendungen einbringen. Wir würden uns sehr über eine gemeinsame Arbeit mit den anderen Fraktionen freuen, gegen diese Verhaltensweise bzw. diese Realität zu kämpfen. – Danke!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank, Herr Dr. Altug! – Dann kämen wir zur Anhörung. Ich würde Sie bitten, in einer Reihenfolge Ihrer Wahl, im Zweifel alphabetisch, danach würde Herr Böttcher beginnen, es sei denn, Sie einigen sich anderweitig, ein möglichst kurzes

Statement bis zu fünf Minuten, wenn das zumutbar und machbar wäre, zu geben. Dann haben die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zur Nachfrage.

Christian Böttcher (Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels): Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Erst mal möchte ich mich auch im Namen des Bundesverbandes dafür bedanken, dass wir zu der Anhörung eingeladen worden sind. Bevor ich zu den Verlusten, die auf der Stufe des Lebensmittelhandels auftreten und zu den Maßnahmen, die die Handelsunternehmen ergreifen, um diese Verluste gering zu halten und nach Möglichkeit auch weiter zu reduzieren, komme, würde ich gerne zwei kleine Vorbemerkungen machen.

Der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels vertritt in lebensmittelfachlichen Fragen alle Vertriebsformen, das heißt also das Vollsortiment und den Discount. Von der Historie her sind wir aber ein Verband, der einen besonderen Schwerpunkt bei den vielen selbstständigen Kaufleuten hat. Bei uns im Präsidium sitzen Kaufleute von EDEKA und REWE, und auch die Vorstandsvorsitzenden der beiden genannten Unternehmen sind in unserem Präsidium. Bei diesen Vertriebsformen haben wir ein besonderes Augenmerk. Ich sage das deshalb, weil ich auch noch nicht so lange in dem Verband bin, zwei Jahre. Ich habe mich in diesen zwei Jahren natürlich auch eingearbeitet und mit vielen Kaufleuten vor Ort gesprochen, die Geschäfte besucht, mich mit Mitarbeitern von Lebensmittelkaufleuten unterhalten, und ich glaube, wenn man mal in einem so gut sortierten Vollsortimenter, auch hier in Berlin gibt es die von EDEKA und REWE, geht, kann man sich einen Eindruck davon verschaffen, dass für die Kaufleute das Lebensmittelverkaufen nicht einfach nur ein Verkauf von Ware ist, sondern dass die Lebensmittel für diese Kaufleute auch etwas Besonderes sind. Das sieht man auch daran, wie die Kaufleute familiengenerationenmäßig arbeiten. Das spürt man eigentlich in jeder Beziehung, wenn man sieht, wie diese Kaufleute agieren.

Der zweite Punkt ist ein weniger emotionaler, sondern ein eher rationaler Aspekt. Kaufleute rechnen natürlich auch mit einem spitzen Bleistift, und gerade im Lebensmittelhandel – das wissen Sie auch alle – gibt es einen harten Wettbewerb. Es gibt einen harten Preiswettbewerb, und es gibt einen harten Qualitätswettbewerb. Das heißt, die Gewinnmargen der Kaufleute sind gering. Wenn man sich überlegt, dass jedes Kilo, das nicht verkauft werden kann, im Müll landet, dann hat der Kaufmann da natürlich eine Abschrift und ein Problem, was seine Gewinnmarge betrifft. Das sind die beiden Hauptgründe, warum es auch im Lebensmittelhandel, auf der Stufe des Lebensmittelhandels wichtig ist, die Verluste gering zu halten. Wenn wir in die Historie der Debatte gucken, die ungefähr vor zwei Jahren begann, dann war es so, dass es im Lebensmittelhandel übergreifend keine Daten gab, von denen man sagen konnte: Wie hoch sind denn nun die Verluste, die im Handel existieren? Deshalb haben der Bundesverband des Lebensmittelhandels und das EHI Retail Institute, das ist ein Handelsforschungsinstitut, ansässig in Köln, eine Erhebung bei den Lebensmittelvollsortimentern gemacht, um die Abschriften genau zu ermitteln und die Abschriften auch heraus zu bekommen.

Dem einen oder anderen werden sicherlich die Daten bekannt sein. Ich will sie nur noch mal ganz kurz wiederholen. Ich beziehe mich auch nur auf die Frischesortimente, weil ich denke, das Problem der Lebensmittelvernichtung haben wir nicht bei Konserven oder Hartweizengrieß, sondern bei Obst und Gemüse, frischem Brot und Backwaren, Molkereiprodukten und mit Abstrichen auch bei frischen Wurstwaren. Deshalb beziehe ich mich nur auf diese Punkte. Wenn man sich die Abschriften anguckt, das bedeutet Bruch und Verderb im Handel – Bruch brauche ich nicht erklären, Verderb erklärt sich eigentlich auch von selbst, diese beiden Kategorien gibt es –, dann müssen wir sehen, dass wir bei Obst und Gemüse ca. 5 Prozent des Warenwertes als Abschrift, also als Verlust haben. Bei Fleisch und Wurstwaren, bei Geflügel sind es 2 Prozent. Bei Molkereiprodukten sind es 1,5 Prozent. Bei Brot und Backwaren ist in der Tat das größte Problem, wenn man es so formulieren will. Da haben wir bis zu 10 Prozent Verlust. In der Summe der Frischwaren haben wir ungefähr ein Verlust von 2,9 bis 3 Prozent. Nur mal als Vergleichsgröße: Im übrigen Lebensmitteltrockensortiment beziehen sich die Verluste bei 0,5 Prozent, also sie sind im Grunde zu vernachlässigen. Da gibt es wirklich das große Problem.

Wenn man das mit den Daten vergleicht, die auf anderen Stufen der Lebensmittelkette von der Landwirtschaft angefangen bis zum Verbraucher anfallen, dann sind das sehr geringe Werte. Das hängt auch damit zusammen, was ich eingangs sagte, dass der Händler natürlich darauf achten muss, dass er seine Werte nicht vernichtet, sondern versucht zu verkaufen. Jetzt ist die große Frage: Wie macht er das? Wie kann er dafür sorgen, dass Lebensmittelverluste gering bleiben? Das A und O im Lebensmittelhandel ist eigentlich die Warenwirtschaft. Es geht bei der Warenwirtschaft darum, die Produkte so bedarfsgerecht wie möglich an den Verbraucher zu bekommen. Das ist natürlich leichter gesagt als getan, weil es Verbraucher gibt, die Einkaufszettel haben, die meisten haben keinen Einkaufszettel. Dann gibt es noch ein Drittel, das sich spontan im Geschäft entscheidet, das eine oder andere zu kaufen, also eine bedarfsgerechte Warendisposition ist ein schwieriges Unterfangen, aber auch das größte Augenmerk, das die Händler auf ihre Systeme legen. Es gibt dort unterschiedliche Arten von Systemen. Ich kann nachher gerne genauer darauf eingehen. Die Quintessenz dieser Überlegung ist eigentlich, dass man es heutzutage mit einem modernen geschlossenen Warenwirtschaftssystem schafft, Bestellrhythmen, Bestellmengen zu reduzieren, kleiner zu halten, die Bestellrhythmen zu verkürzen, auch kleinere Sicherheitsbestände vorzuhalten und durch diese Maßnahmen in der Lage ist, doch relativ gut an den Bedarf, den Kunden haben, die Warenlieferung und Warenbestellung anzupassen. Das ist ein recht komplexer Prozess. Es gibt ein großes Handelsunternehmen, das im Moment seine Warenwirtschaft umstellt und dafür einen dreistelligen Millionenbetrag in die Hand nimmt. Man muss sich überlegen, man hat mehrere Millionen Outlets, die alle über EDV verknüpft werden müssen, und dahinter hat man auch eine Software, die nicht gerade leicht, sondern eher mit komplizierten Algorithmen versehen ist. Das ist ein relativ großes Geschäft und ein relativ großer Aufwand, den die Unternehmen da betreiben.

Natürlich kann man selbst mit dem besten Warenwirtschaftssystem die Waren nicht so verkaufen, dass – vereinfacht ausgedrückt – am Ende des Tages nichts mehr übrig bleibt. Das heißt, es gibt immer auch Produkte, gerade die frischen Produkte, die man dann, wenn man feststellt, das MHD nähert sich so langsam dem Ende oder es geht zum Abend des Geschäfts zu, dass auch gerade bei Obst und Gemüse überlegt werden muss: Wie kann man das verkaufen? Also gibt es noch im Geschäft Maßnahmen, um solche Waren, von denen man weiß, dass die Haltbarkeit sich dem Ende neigt, noch an die Kunden zu verkaufen. Die vielen Maß-

nahmen, die auch die Studie des BMELV gefordert hat oder die auch in den Diskussionen in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert worden sind, werden zum großen Teil vom LEH schon umgesetzt. Das heißt, den Verkauf von Produkten, die das Mindesthaltbarkeitsdatum erreichen, zu reduzierten Preisen, teilweise werden sie sogar kostenlos abgegeben. Das heißt, dass man Sonderplatzierungen im Geschäft einrichtet, wo diese Waren zu reduzierten Preisen abgegeben werden. Die Kunden, die explizit nach solchen Sonderzonen fragen, gibt es.

Ein weiterer Punkt, gerade, um frisches Obst und Gemüse noch weiter zu verwerten, ist eine Weiterverwertung im Geschäft. Wenn Sie z. B. in einen EDEKA- oder REWE-Markt gehen, dann werden Sie gerade in der Obst- und Gemüseabteilung sehr viele auch vorgefertigte oder konveniente Produkte finden, Obstsalate, Gemüsesalate etc. Das sind zum großen Teil Produkte, da die Ananas oder die Tomate hatte eine Druckstelle. Das bedeutet ja nicht, dass sie nicht mehr verzehrs- oder verkehrsfähig sind. Sie entsprechen nur nicht mehr unbedingt den optischen Erwartungen, die der Verbraucher an die Produkte hat, also kann man solche Produkte natürlich auch in solchen Obst- und Gemüsemischungen und Salaten weiterverwerten. Das ist natürlich ein Punkt. Das ist kein wesentlicher Punkt, aber viele kleine Dinge sorgen hier im Grunde genommen dafür, dass wir es doch relativ gut schaffen, die Abschriften gering zu halten.

Ein weiterer großer Punkt, den die Handelsunternehmen unternehmen, um auf der eigenen Stufe Verluste zu reduzieren, ist natürlich die Zusammenarbeit mit karitativen Organisationen. Darüber wurde und wird viel geschrieben. Ca. 80 Prozent der Lebensmittelgeschäfte in Deutschland haben Geschäftsbeziehungen zu den Tafeln. Die Art der Zusammenarbeit ist da sehr unterschiedlich gestaltet. Zum einen gibt es feste Abgaberhythmen, die Geschäfte mit Tafeln vereinbart haben, zum anderen gibt es aber auch Vereinbarungen, wo es auf Zuruf funktioniert, und besonders die frischen Warengruppen werden an die Tafeln abgegeben, also Brot und Backwaren, Molkereiprodukte, Obst und Gemüse. Alles das, was verderbsgefährdet ist, wird an die Tafeln abgegeben, und Dank der Spenden von anderen Unternehmen, die z. B. Kühlfahrzeuge zur Verfügung stellen, ist es auch in den letzten Jahren immer besser möglich, den Tafeln solche Produkte, die gekühlt werden müssen, anzubieten und an die Tafeln abzugeben.

Das sind, kurz zusammengefasst, drei große Maßnahmenblöcke, die auf der Stufe des Lebensmittelhandels laufen. – Ein vierter großer Block, wo auch die Unternehmen aktiv sind, betrifft die Verbraucherkommunikation und die Verbraucheransprache. Herr Turgut! Sie sagten zu Recht: Ein großer Teil fällt bei den Verbrauchern an. Wir können uns jetzt trefflich darüber streiten, ob es 60, 45 oder 50 Prozent sind. Es fällt ein großer Teil bei den Verbrauchern an, und die Unternehmen halten es schon für richtig und wichtig, auch hier eine Verbraucherkommunikation zum bedarfsgerechten Umgang mit Lebensmitteln, zur richtigen Lagerung, aber auch Transport von Lebensmittel zu machen. Nicht nur die Lagerung zu Hause im Kühlschrank, sondern gerade auch in den Sommermonaten ist es wichtig, dass man, wenn man frische kühlpflichtige Produkte kauft, auch dafür sorgt, dass die Zeit vom Geschäft zum Kühlschrank nicht unbedingt in einem 30 Grad warmen Kofferraum überbrückt wird. Das sind alles Punkte, wo sich auch die Unternehmen des Lebensmittelhandels engagieren. – Ein Beispiel ist, das Sie sicherlich alle kennen: Im letzten Jahr haben wir mit dem BMELV zusammen eine große Kommunikationskampagne in unseren Geschäften durchgeführt. Wir haben in 20 000 Lebensmittelgeschäften über 2 Millionen Flyer und Informationskarten zum

Verbrauchsdatum, zum MHD verteilt. Worin besteht der Unterschied zwischen MHD und Verbrauchsdatum? Das ist auch bei den Verbrauchern ein nicht ganz unwesentlicher Punkt. Wie lagert und verwertet man Produkte richtig? Diese Aktion haben wir im Frühjahr des letzten Jahres mit dem BMELV gemacht. Die lief über drei Monate. Im Rahmen des Europäischen Retail Forums haben sich auch vier große Handelsunternehmen verpflichtet, bis zum Jahr 2014 jeweils zwei Informationskampagnen national, die Unternehmen, die international aufgestellt sind, auch international, an ihren Kunden durchzuführen, wo es auch wieder darum geht, zum Verbrauchsdatum, zum Mindesthaltbarkeitsdatum aufzuklären, aber auch darüber aufzuklären, wie man mit Lebensmitteln bedarfsgerecht oder angemessen bedarfsangepasst umgeht.

Das war von mir in der Kürze der Zeit ein kleiner Parforce-Ritt durch dieses doch recht komplexe Thema. Ich denke, dass wir in Zukunft vom Handel in zwei Punkten weiterarbeiten werden. Das eine ist, durch eine noch verbesserte Warenwirtschaft dafür zu sorgen, dass wir auf der eigenen Stufe weniger Verluste haben, zum anderen aber auch dafür zu sorgen, dass in der Verbraucherkommunikation noch mehr gemacht und in Richtung der Kunden informiert werden kann, wie man mit Lebensmitteln richtig umgeht. – Ich bedanke mich erst einmal!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Dann hat Herr Kreutzberger das Wort.

Stefan Kreutzberger (Autor und Medienberater): Vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich sehr, heute vor dem Abgeordnetenhaus, vor dem Ausschuss sprechen zu können. Ich schaue mir das Thema an: Lebensmittel gehören nicht in den Müll. Ich denke, da sind wir uns alle einig. Der Deutsche Bundestag hat im Oktober das Gleiche beschlossen in einem fraktionsübergreifenden Antrag. Über dieses Thema, dass Lebensmittel auf die Straße gehören oder dass alles so gut ist wie es bisher lief, da sind wir uns alle einig, brauchen wir heute nicht reden.

Der zweite Punkt lautet heute bei Ihnen auf der Tagesordnung: Berliner Strategien gegen die Lebensmittelverschwendungen. Das finde ich wichtig und richtig, dass Sie darüber diskutieren. Es gibt einige Beispiele, die auch schon in Berlin angefangen haben. Da gibt es nämlich schon Aktivitäten, die ich Ihnen zum Schluss meiner kurzen Ausführung vorstellen werde. – Vorweg zu den Zahlen: Herr Böttcher sagte eben, es ist nicht so wichtig, ob zu 61 Prozent die Verbraucher schuld sind oder nur zu 45 Prozent. Das ist sehr wohl sehr wichtig. Die Zahlen, die auch in Ihren Mappen bei Ihnen vorliegen, die vom Ministerium kommen, reden von 61 Prozent und beziehen sich auf eine Studie der Universität Stuttgart, die in einem wirklichen Parforce-Ritt innerhalb von vier Monaten eine solche Studie anfertigen mussten. Von vornherein wurde diesen Wissenschaftlern, die gar nicht anders konnten, der Auftrag gegeben, die Landwirtschaft dort nicht zu untersuchen. Die sind also völlig rausgelassen worden. Das ist ein großer Bereich, mit dem Valentin Thurn und ich uns seit drei Jahren intensivst beschäftigen, wo noch gar keine Zahlen in Deutschland vorlagen und wir uns auf Studien in Österreich, England und USA bezogen haben und auf entsprechende Studien, die die Europäische Union im Jahr 2010 vorgelegt hat. Damit kommen wir Pi mal Daumen bei der Berechnung auf 15 Millionen Tonnen, die in Deutschland vom Acker bis zum Teller weggeworfen werden, und auch das ist noch viel zu wenig. Die 11 Millionen sind, wie gesagt, bei Frau Aigner nur bezogen auf diese Studie ohne die Landwirtschaft. Dann sind natürlich die Prozentzahlen sehr schnell hoch beim Verbraucher, wenn man einen großen Teil einfach weg lässt.

Ich will Ihnen ein kurzes Beispiel geben: Diese 15 Millionen sind immer noch zu wenig, weil es darauf ankommt, wie man Lebensmittel Müll definiert. Die Definitionsfrage ist eine entscheidende. Die fängt damit an zu definieren, was Lebensmittel eigentlich sind. Alle Studien, sowohl die Münsteraner Fachhochschulstudie als auch die EHI Retail Studie, die hier genannt wurde, sowie die Stuttgarter Studie haben eine einheitliche Definition von Lebensmitteln. Das sind nämlich die Dinge für den menschlichen Verzehr, die geerntet wurden, also die Sachen, die auf dem Feld noch da sind und untergepflügt werden, wie der Salatkopf, der von Aldi nicht abgeholt wird in einer Großbestellung, und der Bauer sich nicht die Mühe machen wird, sie zu pflücken und dann in den Mülleimer zu werfen, sondern er fährt mit seinem Trecker darüber und pflügt das unter. Genauso der Apfel, der noch am Baum hängen bleibt und vergammelt, weil er auch nicht nachgefragt wurde. Alle diese Zahlen sind nicht dort drin. Daher sind es deutlich höhere Zahlen, die aber wissenschaftlich noch nicht untersucht worden sind. Auch die Landwirtschaft ist nicht untersucht worden. Frau Aigner hatte es eigentlich für dieses Frühjahr versprochen, die Ergebnisse zu haben. Es gibt momentan gar keine Aussicht auf Nachricht. Es gibt nichts darüber. Ich weiß nicht, wann diese Studie fertig sein soll, und erst dann hat man vielleicht valide, belastbare Zahlen für Deutschland.

Ein anderer Punkt ist noch sehr wichtig: Es wurde gerade diese EHI Retail Studie genannt, die meines Erachtens völlig unzulässig ist. Das sind Zahlen, die dort rausgegeben werden, die keiner ernsthaften Untersuchung standhalten. In bestimmten Bereichen sind die Zahlen extrem. Wir haben es in unserem Film „Taste the Waste“ deutlich gemacht. Wir haben in die Mülltonnen geguckt. Wir haben beim Lebensmitteleinzelhandel nachgefragt und gebeten, auch dort mal in die Mülltonnen schauen zu können. Es ist uns in Deutschland verweigert worden. Wir mussten nach Österreich, nach Frankreich gehen, um endlich mal diesen Skandal aufzudecken. Wir haben natürlich viele Recherchen in Deutschland gemacht. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das diese 4 bis 5 Prozent bei Früchten auch mal relativiert. Sie kennen alle die vietnamesische Drachenfrucht? Haben Sie die schon mal gegessen? – [Andreas Gram (CDU): Selbstverständlich! Ich war zweimal in Vietnam!] – Gut, dann kennen Sie sich aus. Da schmecken sie nämlich wohl, hier in Deutschland schmecken sie nicht, weil sie mit Flugzeugen unreif hierher gebracht werden, in den Supermärkten landen und zu 95 Prozent weggeschmissen werden, weil sie nämlich keiner kauft, weil diese Frucht, die sehr aufwendig im Transport und in der Lagerung ist und sehr schnell verdorbt, weil sie sehr wasserhaltig ist, 4,50 Euro kostet. In Vietnam haben Sie es natürlich gekostet, aber hier werden Sie es, glaube ich, nicht kaufen. Es gibt einen Verdrängungs- und Kampfwettbewerb der großen Supermärkte wie EDEKA und REWE mit den Discountern. In den Discountern gibt es keine Drachenfrucht, also muss ich die bei mir haben, damit ich einen Anreiz für meine Kunden habe, dass sie bei mir einkaufen gehen und nicht bei Aldi oder Lidl, die mittlerweile diesen großen Ketten den Rang abgelaufen haben. Die meisten Verbraucher gehen mittlerweile zu den Discountern und decken sich dort mit ihren Lebensmitteln ein.

Es ist eine Geschichte, die man auch in größeren historischen Abschnitten sehen muss. In den Fünfzigerjahren fing diese Überproduktion, dieser Wegwerfwahnsinn an. Wir haben sie im Buch und auch im Film gekennzeichnet und auch die einzelnen Etappen deutlich gemacht. Ich kann Ihnen da unsere Lektüre ans Herz legen. Ich kann es jetzt nicht weiter ausführen, da würde die Zeit zu lang werden. Ich will, wie gesagt, auf die Strategien gegen die Lebensmittelvernichtung kommen.

Kurz noch mal zur Kampagne „Zu gut für die Tonne“ von Bundesministerin Aigner: Das ist eine Kampagne, die sie aufgrund unserer Recherchen einige Wochen danach gestartet und dann auch die Studie in Stuttgart in Auftrag gegeben hat. Das begrüßen wir. Diese Kampagne ist gut, toll, auch das, was mit dem Lebensmittelhandel zusammen gemacht wurde, aber immer, wie gesagt, nur auf den Verbraucher abzielt. Das ist die große Krux an der ganzen Geschichte. Das ist, und jetzt kommen wir wieder zurück auf die 61 Prozent, die Folgerung daraus. Ich will Ihnen ein Zitat von dem Kollegen von Herrn Böttcher vorlesen. Herrn Franz-Martin Rausch vom Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels sagte: Wir sind nicht schuld.

Die Studie ergab, dass die größte Menge die Verbraucher wegwerfen. Daher ist es sicher richtig, mit Gegenmaßnahmen beim Verbraucher anzusetzen.

– Und nicht bei sich selber vor der Tür zu kehren! Es ist bis heute nicht möglich, dass Wissenschaftler oder Journalisten in die Mülltonnen des Lebensmittelhandels Einblick bekommen, und das ist für mich eine ganz wichtige Forderung, dass hier Transparenz geschaffen wird. Das ist für eine Strategie eine ganz wichtige Forderung, wenn man sich an einen Runden Tisch zusammensetzt, dass man wirklich die Zahlen, die ehrlich sind, auf den Tisch bringt. Davon sind wir noch weit entfernt. In England ist es schon viel weiter. Dort gibt es klare Regelungen, und zwar müssen Zielzahlen von dem Lebensmittelhandel und der Lebensmittel produzierenden Industrie festgelegt werden. Wenn sie das nicht einhalten, sind Strafzahlungen fällig. So weit sind wir in Deutschland noch nicht. Auch der Deutsche Bundestag hat davon weit Abstand genommen. Der Beschluss war, wie gesagt, einheitlich. Es war ein interfraktioneller Antrag. Aber die Formulierung heißt dann, und da bleibt es dann nur beim Appell, ich zitiere:

Es sollte eine Vereinbarung mit der Wirtschaft getroffen werden, die branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung des Abfalls vorgibt und somit einen Anreiz für die Unternehmen schafft, selbst Lösungen zu entwickeln.

Hier bleibt es beim Appell, der Anreiz: macht doch mal, entwickelt selber Lösungen.

Diese Punkte, die Herr Böttcher gerade vorgestellt hat, sind prima. Ich freue mich auch, dass sich der Lebensmittelhandel mittlerweile bewegt hat. Ganz vorweg sicherlich REWE. Das ist ein sehr ernstzunehmendes Konzept, das sie haben. Sie unterstützen auch seit vielen Jahren die Tafeln. Andere Lebensmittelhändler machen das weniger und rechnen auch immer – – Das war übrigens auch Herr Rausch gewesen, der die Zahlen, die sie als Lebensmittelhandel insgesamt an die Tafeln geben, immer ganz niedrig gehalten hat. Bloß nicht, denn da würde man ja zugeben, dass man falsch kalkuliert hat. Das hängt nämlich auch noch mit da dran, dass man dann seinen guten Ruf verlieren könnte, wenn man zu viel an sozial Bedürftige abgeben muss. Das ist ein wichtiger Punkt, Transparenz zu schaffen und tatsächliche Zielzahlen finden, dass man gemeinsam, und das ist das Interessante bei dem Thema, da kann jeder, der in der ganzen Lebensmittelkette involviert ist, also die Landwirtschaft, die Lebensmittel produzierende Industrie, der Großhandel, der Einzelhandel und der Verbraucher, Sachen machen kann. Das sind Sachen, die in Nordrhein-Westfalen mittlerweile zum dritten Runden Tisch geführt haben. In anderen Bundesländern gibt es das noch nicht. Der große Runde Tisch in Deutschland soll jetzt kommen – ich weiß nicht wann, ein Datum gibt es dafür auch noch nicht –, dass sich die Verbänden dann bundesweit zusammensetzen. Ich finde es aber wichtig,

dass die Kommunen und die einzelnen Länder etwas tun. Wenn Sie hier in Berlin eine Strategie umsetzen, kann ich Ihnen sofort einige aktive Menschen nennen. Es gibt den Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg. Er hat sich schon sehr engagiert gezeigt. Wir haben in Kreuzberg in der Markthalle 9 einen sogenannten Tauschpunkt, einen Hotspot eingerichtet, wo wir einen Kühlschrank hingestellt haben, der von der Bio Company und den Tafeln angefahren wird, wo von allen Menschen, unabhängig ihrer geprüften Bedürftigkeit, Lebensmittel getauscht und abgeholt werden können. Das läuft in Eigeninitiative von den Menschen in der Markthalle 9, von jungen Leuten in Berlin. Es gibt mittlerweile ein bundesweites Netz, das sich Foodsharing nennt. Das ist eine Internetplattform, die wir mit einer Internet-Community über Crowdfunding finanziert im Dezember an den Start gebracht haben. Die Pressekonferenz war kurz vor Weihnachten auch hier in Berlin gewesen und hat sehr viel Presseresonanz erfahren. Raphael Fellmer, der in Berlin ohne Geld lebt, ist unser Berlin-Koordinator für die Kampagne „Foodsharing – Tauschen statt Wegwerfen“. Es gibt jede Menge andere Initiativen bundesweit, die aktiv von Verbraucherebene da vorgehen. Die gilt es auf der einen Seite zu unterstützen, wenn Sie eine eigene Berliner Strategie schaffen wollen, und auf der anderen Seite, und das ist mein Appell, zweigleisig zu fahren, gleichzeitig vom Lebensmittelhandel, von der Lebensmittel produzierenden Industrie und von der Agrarindustrie zu verlangen, dass die Zahlen offengelegt werden, dass das transparent wird, dass diese Blackbox endlich mal aufgegeben wird und die Wissenschaftler tatsächlich dort in die Tonnen schauen können und dass man gemeinsame Strategien findet, wirklich dann bis zum Jahr 2020, und das ist eine Zahl, die nicht europaweit ist, sondern sogar in einem Alleinritt von Frau Aigner gesetzt wurde, jetzt vom Bundestag deswegen auch übernommen wurde, diesen Skandal der Lebensmittelvernichtung um die Hälfte zu reduzieren. Das sind nur noch sieben Jahre. Stellen Sie sich mal vor, wie man das erreichen soll. Es gibt Zahlen aus England, die viel länger dabei sind. Die haben es im Verbraucherbereich geschafft, mit einem richtig großen pädagogischen, medialen Einsatz innerhalb von zehn Jahren das Verhalten des Verbrauchers um 15 Prozent zu reduzieren. Das war ein Riesenerfolg. Jetzt sollen wir bis zum Jahr 2020 die gesamte Lebensmittelverschwendug um die Hälfte reduzieren. Ich frage mich, wie, und deswegen muss es jetzt sofort Strategien geben. Eigentlich, denke ich, wird es nicht erreichbar sein, sondern vielleicht das Ziel der Europäischen Union, bis zum Jahr 2025, also fünf Jahre länger, dann zu einer Reduzierung zu kommen, und das alles im Angesicht noch eines Termins: Im Jahr 2014 soll das Jahr gegen Lebensmittelverschwendug der Europäischen Union sein. Bis dahin müsste man auch in Berlin in den Startlöchern sitzen und mit der Strategie am besten schon angefangen haben. – Vielen Dank!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank, Herr Kreutzberger! – Dann kommen wir zur Aussprache. – Ich habe die Kollegin Köhne auf der Rednerliste.

Irene Köhne (SPD): Erst einmal vielen Dank! Ich fand das von beiden Seiten sehr informativ und auch sehr ergänzend. Ich hatte schon so einige Aha-Erlebnisse. Vor allen Dingen habe ich festgestellt, dass man Zahlen offensichtlich nicht gut vergleichen kann. Das differiert ja unheimlich. Wenn ich mir die Unterlagen angucke, die Zahlen, die Sie genannt haben bzw. die Zahlen, die aus dieser Studie kommen, heißt das, wir haben offensichtlich kein verlässliches Zahlenmaterial, auf dem man sich vielleicht Strategien überlegen könnte. Das wäre noch mal in Angriff zu nehmen, wobei natürlich zu sagen ist, dass dieser Antrag erst im Oktober vom Bundestag verabschiedet worden ist. Da muss man natürlich noch ein bisschen schauen, wie der jetzt verwirklicht wird. Da sind schon einige Vorschläge drin, die Sie, Herr Kreutzberger, zum Teil eben genannt haben, die ernsthaft zu verfolgen sind und die teilweise auf Bundes-

ebene initiiert werden müssen, aber teilweise natürlich auch die Länder übernehmen können und sich da etwas überlegen. Beispielsweise, wenn diese Kampagne vom Lebensmitteleinzelhandel zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendungen bei den Verbrauchern gerade geläufen ist, ist das natürlich ein Punkt. Der andere Punkt ist natürlich die Verschwendungen von Lebensmitteln bei den Herstellern bzw. beim Herstellungsprozess. Das ist wenig in diesem verabschiedeten Antrag genannt worden. Das kam wenig vor, außer, dass sich alle Hersteller, Verbraucher und Vermarkter zusammensetzen und gemeinsame Strategien entwickeln sollen, was sehr loblich ist, aber vielleicht sollte man da noch mal einen zusätzlichen Schwerpunkt setzen.

Ich denke, die Aufklärung der Verbraucher über Mindesthaltbarkeitsdatum und Verfallsdatum ist immer noch nicht richtig erfolgt. Da gibt es riesige Diskrepanzen und auch, dass dadurch sehr viel weggeworfen wird, weil die Leute sich nur nach dem Mindesthaltbarkeitsdatum richten und nicht danach schauen oder überhaupt mal gucken, ob die Sachen schlecht sind oder nicht, sondern einfach wegwerfen. Das ist sicher auch noch ein Punkt, der vom Einzelhandel deutlich stärker noch schwerpunktmäßig behandelt werden möchte.

Ein Punkt ist natürlich auch die Vorbildfunktion öffentlicher Einrichtungen, also dass man da vielleicht noch mal schaut, beispielsweise auch in den öffentlichen Kantine, wie man da überhaupt vorgeht, wie man das macht. Was für mich völlig neu war, ist, dass man keine genauen Zahlen hat, wie viel eigentlich weggeworfen wird, wie viel das konkret ist. Herr Böttcher sagte, dass ungefähr 80 Prozent der Einzelhändler Kooperationen mit Tafeln hätten. Dann folgert man daraus, dass offensichtlich viel verwertet wird. Wenn man dann auch noch davon ausgeht, dass diese Convenience-Produkte hergestellt werden, könnte man eigentlich ein relativ gutes Gefühl beim Einzelhandel haben. Aber ich denke, das heißt ja noch gar nichts, wie viel wirklich von den Abfällen bei den Tafeln verwertet wird, die beim Einzelhandel anfallen. Da hätte ich jetzt eine konkrete Frage an Herrn Böttcher, ob Sie irgendwelche Zahlen haben, wie viel trotz alledem noch im Einzelhandel weggeworfen wird. Dazu hatten Sie konkret nichts gesagt. Ansonsten sollten wir uns vielleicht überlegen, wie wir in Berlin irgendwelche Strategien entwickeln können. – Erst einmal vielen Dank!

Cornelia Seibold (CDU): Vielen Dank! – Wir sammeln erst einmal von allen Fraktionen die Redebeiträge, und dann haben Sie die Möglichkeit, en bloc zu antworten. – Herr Kollege Jupe!

Claudio Jupe (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte, da wir uns hier in einer Anhörung befinden, zunächst einmal zielgerichtet eine Frage an Herrn Böttcher stellen. Sie bezieht sich auf die von Ihnen genannten, in dem Verband der Deutschen Lebensmittelhersteller organisierten Firmen. Wie hoch ist der Anteil im Verhältnis zum deutschen Gesamtumsatz an Lebensmitteln? Das hätte ich gerne gewusst. Diejenigen, die Sie vertreten, ergeben eine bestimmte Summe. In welchem Verhältnis steht dazu der Gesamtumsatz der Lebensmittel in Deutschland?

Vorsitzende Cornelia Seibold: Frau Möller, bitte!

Katrin Möller (LINKE): Vielen Dank! – Auch vielen Dank an die Grünen, die dieses Thema auf die Agenda gehoben haben. In der Tat hat die Politik das lange verschlafen. Jetzt wird es Zeit, dass an vielen Orten etwas passiert. Ich habe ein riesiges Problem mit dieser großen

Schuldfrage, die aufgeworfen wird, wer am meisten beteiligt ist und wer am ehesten der Verursacher dieser Lebensmittelverschwendungen ist. Ich denke, das ist dieser Dreiklang Hersteller, Handel und Verbraucher, und da muss man an allen Ecken ansetzen. So komplex wie dieses Thema ist, bin ich froh, wenn an irgendwelchen Stellen überhaupt etwas passiert. Was den meisten Menschen in dem Zusammenhang präsent ist, ist dieses Mindesthaltbarkeitsdatum. Da ist meine Frage, weil Sie das eben auch erwähnt haben, Herr Böttcher, in Zusammenhang mit der Tafel, möglicherweise naiv. Wie ist das, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, darf das Produkt nicht mehr verkauft werden, aber wohl verschenkt? Wie weit gehen da die Debatten, unter anderem auch im Herstellerbereich, wie man das überhaupt standardisieren kann? Nach meinen Informationen darf jeder Hersteller nach eigenem Gutdünken dieses Datum da draufdrucken. Es gab auch schon Überlegungen aus der neuen EU-Richtlinie, dass man das vielleicht anders benennt, also Verbrauchsempfehlung bis oder so etwas in der Art. Das ist sicherlich nur ein kleiner Aspekt, aber etwas, womit man vielleicht ganz gut die Öffentlichkeit erreichen kann, weil das jeder jeden Tag oder öfter in der Hand hat. Das würde mich interessieren.

Zur Sache mit den öffentlichen Einrichtungen, was Sie angesprochen hatten, haben wir in Berlin eigentlich die Regelung, die Empfehlung, regionale, saisonale Produkte zu verwenden. Die Frage ist natürlich an der Stelle: Wer soll das kontrollieren? Wir haben parallel dazu die große Debatte Schulessen, die morgen im Bildungsausschuss komplett die Tagesordnung bestimmt, wo das Problem darin besteht, dass die Caterer gesagt haben, sie können zu den Konditionen keine adäquate Qualität liefern. Auch dieser Bereich ist sehr komplex. Damit belasse ich es erst einmal. Mich interessieren diese MHD-Fragen erst mal am dringendsten. – Danke schön!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Herr Kowalewski!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Ich möchte mich auch für die sehr interessanten Informationen bedanken. Man sieht, dass es eine lange Kette ist zwischen dem Feld und letztlich der Mülltonne des Verbrauchers im Endeffekt und dass da an ganz vielen Stellen die Frage entsteht, wie man die Verschwendungen von Lebensmitteln beeinflussen kann. In erster Linie, das war für mich natürlich auch neu, dass Felderzeugnisse, die gar nicht erst geerntet werden, überhaupt nicht als Lebensmittel zählen und daher auch nicht in die Statistik reingehören. Das ist sehr schade, dass es dazu keine Zahlen gibt. Das würde mich sehr interessieren, weil das letztlich Dinge sind, die von Menschen gegessen werden könnten, so sie denn bei ihnen ankommen würden, und ob ein Bauer nicht auch da die Möglichkeit hätte zu sagen: So, ich habe hier eine Überproduktion. Vielleicht kommen ja Menschen aus der näheren Umgebung, um die einfach abzuernten und mitzunehmen. – Das könnte man eventuell mal ins Auge fassen. So etwas in der Richtung. So die Sachen denn dann Lebensmittel sind, stellt sich natürlich auch die Frage, wie viel da aussortiert wird, bevor es überhaupt im Lebensmitteleinzelhandel landet. Es ist bekannt, dass gerade die Vollsortimenter meistens relativ strikte Qualitätsanforderungen bei Obst und Gemüse haben, vielleicht auch bei anderen Produkten, dass da viele Sachen nicht in die Auslage kommen, aber vielleicht in die Herstellung von Konservenprodukten oder so. Was mich aber eigentlich extrem geschockt hat, waren die Abschreibungen, wobei sich da natürlich auch die Frage stellt, was bei den Abschreibungen dann tatsächlich mit reinzählt. Das war unterteilt in Bruchwaren und Verderbniswaren. Bei Bruch kann man wahrscheinlich nicht so sehr viel machen, wobei ich das auch in anderen Ländern schon besser erlebt habe, dass da auch schon mal verbeulte Dosen oder Brote mit Druckstellen, die so

ein bisschen eingedellt worden sind von Kunden, dann trotzdem auf einer Sonderfläche landen und zum ermäßigten Preis zu kaufen sind.

Das ist mir in Deutschland bisher noch nicht so untergekommen. Die Geschichte mit dem MHD ist noch eine ganz andere Sache. Es ist natürlich immer eine Frage, wie gut man seinen Betrieb übersieht und wie viel Aufwand es letztlich für einen Marktleiter bedeutet, die Produkte rechtzeitig zu rabattieren, bevor sie aus dem Regal direkt in die Tonne gehen müssen, weil sie nicht mehr verkauft werden dürfen. Ich weiß von einem Marktleiter, der das scheinbar relativ gut unter Kontrolle hat, der selbst sagt, dass er kaum etwas wegwerfe, zum Beispiel, weil er die Backwaren, die bei Ihrer Statistik den größten Teil von den Lebensmitteln, die letztendlich abgeschrieben werden, ausmachen, in der letzten Stunde vor Schluss der Öffnungszeit mehr und mehr rabattiert, bis es in der letzten Stunde 75 Prozent Rabatt gibt, wo allerdings kaum noch etwas zu diesem Preis verkauft werden muss, weil die meisten Sachen schon vorher für 25 oder 50 Prozent rausgehen. Es gibt also Möglichkeiten, aber das ist immer ein bisschen Aufwand.

Ich habe noch eine Frage zur Zusammenarbeit mit den Tafeln. Ich habe gehört, dass die teilweise relativ wählervisch sind, was die Produkte angeht, die sie überhaupt annehmen. Vielfach werden Lebensmittel, die durchaus noch genießbar wären, aber bei denen zum Beispiel das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, von der Tafel überhaupt nicht mehr angenommen, woraufhin die Supermarktmitarbeiter keine anderen Möglichkeiten mehr sehen, als sie tatsächlich zu entsorgen. Man müsste vielleicht mal schauen, ob es eventuell Möglichkeiten gibt wie zum Beispiel dieses Projekt in Friedrichshain-Kreuzberg. Davon habe ich gerade zum ersten Mal gehört. Das klingt nach einer sehr guten Idee. Vielleicht kann man so etwas dezentral an vielen Stellen der Stadt machen. Was braucht es, um solche sinnvollen Methoden, die vielleicht auch ein bisschen weniger bürokratisch funktionieren, überall dahin zu bringen, wo sich Menschen Essen wünschen würden und andere welches loswerden wollen, ohne es gleich zu entsorgen. – Aber auf jeden Fall vielen Dank für die interessanten Informationen.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Herr Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Danke, Frau Vorsitzende! – Das Thema hat mehrere Facetten, von MHD bis zu seit Neuestem Foodsharing. In erster Linie ist es wichtig, dass wir uns als Parlament darüber Gedanken machen, dass Lebensmittel wieder einen Wert bei der Bevölkerung haben. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, wie viel Prozent vom Bruttolohn vor 30 Jahren für Lebensmittel ausgegeben worden sind: Das waren ungefähr 30 Prozent, und aktuell sind es nicht mal 10 Prozent. Ich finde, wir haben den Bezug zu Lebensmitteln verloren. Lebensmittelverschwendungen ist für mich ein sehr wichtiger Aspekt – darüber reden wir heute –, aber wir sollten auch die weiteren Aspekte nicht vergessen. Wir können nicht vom Auto, Computer usw. leben. Lebensmittel sind biologisch gesehen unsere Grundnahrung. Das ist ein Aspekt.

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Verbindung in dieser globalisierten Welt in diesem kleinen Dorf, was wir hier in erster Linie im Lebensmittelbereich tun, Auswirkungen auf die sogenannten Entwicklungsländer hat. Sie erinnern sich an die Aufstände in den Entwicklungsländern 2008, als die Lebensmittelpreise nach oben gingen, wie beim Mais in Mexiko oder bei den Weizenpreisen in anderen Ländern, weil auch in diesem Bereich spekuliert wird. In den letzten Jahren steigen viele finanzstarke Banken, aber auch Versicherungen in das Lebensmittelgeschäft ein, weil sich dort gute Geschäfte machen lassen. Die Lebensmittelpreise werden steigen. Das ist ein Thema, mit dem wir uns auch in der Zukunft beschäftigen werden.

Von Herrn Böttcher möchte ich in erster Linie wissen, ob sich die Branche darüber Gedanken macht, wie man zum Beispiel diese 10 Prozent der Backwaren, die weggeworfen werden, reduzieren kann. Ich habe in meinem Eingangsstatement gesagt, dass dieses volle Sortiment bis 18.30 Uhr aufrechterhalten werden muss. Das sind noch anderthalb Stunden. Natürlich ist es nicht schwer, sich vorzustellen, dass viele dieser Waren weggeworfen werden. Hat die Branche für diesen Bereich Strategien, und wenn nicht, warum nicht?

Ein weiterer Aspekt sind die Mengen an Sortimenten. Ich bin seit 20 Jahren in Deutschland und stelle fest, dass es damals vielleicht zehn Joghurtsorten gab, und heute haben wir 60 oder 70 – ich weiß nicht, wie viele – nur in diesem Bereich. Es gibt auch andere Bereiche. Inwieweit macht man sich auch darüber Gedanken?

Ein weiterer Aspekt ist, dass wir nicht nur Lebensmittel wegwerfen, sondern für diese Lebensmittel verbraucht man Energie, Wasser und andere Ressourcen.

Von Herrn Kreutzberger möchte ich gern wissen, inwieweit sich die Verbraucherinnen und Verbraucher in solche Aktivitäten wie Foodsharing einbringen und etwas bewegen könnten. Wenn ich mir das Internetportal anschau, und da ist jemand, der Käse usw. tauschen möchte: Lohnt es sich von den Ressourcen her, hinzufahren, es abzuholen usw.? Diese Idee von der Markthalle finde ich sehr gut, also einen Ort zu schaffen, zu dem die Menschen mit ihren Produkten gehen und sie austauschen können.

Ein letzter Aspekt ist die Förderung von regionalen Strukturen in der Lebensmittelwirtschaft. Es gibt zum Glück in Berlin viele Menschen, die sich da einbringen, auch viele junge Menschen. Es freut mich, dass es in diesem Bereich Bewegung gibt. – Danke!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Dann würde ich Ihnen, Herr Kreutzberger und Herr Böttcher, das Wort zur Antwort geben. Ich habe mehrere Fragen an Herrn Böttcher in Erinnerung. Vielleicht beginnen Sie.

Christian Böttcher (Bundesverband des Lebensmittelhandels): Ich würde vorschlagen, dass ich versuche, die Fragen, die alle an uns herangetragen worden sind, ein bisschen thematisch zu clustern, weil sie sich teilweise überschneiden und fange mit dem, wie ich festgestellt habe, größeren Komplex Mindesthaltbarkeits- und Verbrauchsdatum an, wie Verbraucher das verstehen und wie es sich mit der Problematik verhält.

Im Zuge der Beschäftigung mit dem Thema haben die Medien sehr schnell ihre Spontanumfragen nicht nur zu den gestützten Umfragen gemacht: Wie verstehen Verbraucher das? – Ich habe dabei immer wieder festgestellt – so glaube ich –, dass die Verbraucher in erster Linie gar kein Problem mit dem Namen Mindesthaltbarkeits- oder Verbrauchsdatum haben. Wenn man sie danach fragt, wissen sie ganz genau, ob sie das noch testen können oder es lieber gleich wegwerfen. Natürlich ist ein Teil adäquater Antworten dabei, aber die Antworten zeigen auch, dass sie wissen, was damit gemeint ist. Ich glaube nicht, dass es ein Problem ist, dass das Mindesthaltbarkeitsdatum Mindesthaltbarkeitsdatum heißt. Natürlich kann man sich auch darüber unterhalten, wie man eine bessere Formulierung finden kann. Es gab den Vorschlag "best before". Da muss man gucken, wie man das übersetzt, und ob es dann immer noch besser ist. Ich weiß es nicht. Wir als Handel sind offen zu überlegen, welchen besseren Ausdruck man dafür finden könnte, obwohl ich glaube, dass nicht das Problem ist, dass sie es

nicht verstehen, sondern dass die Verbraucher in dem Moment, in dem sie sich damit befassen, es vielleicht sogar wider besseres Wissen wegwerfen. Das ist eher eine Frage der Sensibilisierung, der Aufklärung darüber, sich damit zu befassen. Das ist für mich der wichtigere Punkt, als sich darüber Gedanken zu machen, ob ich das Datum umbenenne, und wie sich es neu nenne. Außerdem hängen noch ein paar europarechtliche Fragen dran, weil dieser Begriff „Mindesthaltbarkeitsdatum“ in den deutschen Rechtstexten steht, also müsste man sich auch noch mit den Österreichern abstimmen, aber das sind alles Detailfragen.

Zum Thema Preisreduzierung, Mindesthaltbarkeitsdatum oder auch, Herr Kowalewski, was Sie ansprachen, Rabattierung: Natürlich wissen die Händler durch die Informationen, die sie aus dem Warenwirtschaftssystem haben, ungefähr, wie sich die Abverkaufszeit und -menge entwickelt. Vorhin habe ich versucht darzustellen, dass man über ein Warenwirtschaftssystem mittlerweile genaue Mengensteuerung machen kann, aber ich bekomme sie nicht punktgenau hin. Das wird niemals funktionieren, weil erstens die Auswahl an Produkten viel zu groß ist, was ich übrigens gar nicht verkehrt finde, weil ich nicht die Einkaufszettel sämtlicher Verbraucher habe, die ich abklären kann. Also, es gibt immer einen Bereich, wo man sehen muss, wie man mit diesen Produkten umgeht. Was ich vorhin gesagt habe: Das wird gemacht. Sie haben selbst beschrieben, dass Sie gehört haben, dass diese Produkte reduziert werden, dass sie in Stufen reduziert und kostenlos abgegeben werden. Das ist mittlerweile – das haben mir viele Qualitätssicherer von den Handelsunternehmen bestätigt – gängige Praxis. Natürlich kann man das immer wieder ausbauen, aber diese Maßnahme ist gängige Praxis im Lebensmitteleinzelhandel.

Vielelleicht noch ein Wort zu den Zahlen, nach denen mich Frau Köhne gefragt hatte. Von den Abschriften, die ich vorhin genannt habe – um das vielleicht mal auf die große Ebene zu heben –: Wenn man das auf den gesamten Wareneinsatz bezieht, der auch Non-Food und ein Trockensortiment enthält, sind 1 Prozent des gesamten Wareneinsatzes die Abschriften, wenn man das auf die Frischebereiche bezieht. Die Zahlen hatte ich vorhin genannt. Wir wissen auch, dass von diesen Abschriften, die es im Lebensmittelhandel gibt, ungefähr noch 20 Prozent an die Tafeln abgegeben werden. Man muss das aber auf die Frischebereiche sehen, auf die frischen Produkte, die von den Tafeln angenommen werden.

Zur Sortimentsvielfalt und was man tun kann, um die Backwaren weiter zu reduzieren: Herr Altug! Viele Händler reduzieren das Sortiment bei Brot und Backwaren gegen Abend in der Breite, aber nicht in der Tiefe. In der Tiefe bedeutet: Ich habe bei mir bei Brot und Backwaren drei Vollkornbrote, drei Sorten Weißbrot und fünf, sechs Brötchen in der Auslage, und dann reduziere ich das, indem ich nur noch ein Vollkorn- oder nur noch ein Weißbrot habe. – Ich reduziere nicht in der Tiefe, ich reduziere aber gegen Abend in der Breite, sodass ich dafür sorgen kann, dass, wenn der Kunde abends ins Geschäft kommt – glücklicherweise haben wir immer mehr Arbeitnehmer, die nicht anders können, als nach ihren Arbeitszeiten einkaufen zu gehen –, sein Vollkornbrot 20 Uhr oder 20.30 Uhr bekommt. Ich finde es richtig, dass man in der Breite zurückgeht, aber die Sortimentstiefe aufrechterhält.

Zu der Frage, wie man die Verluste bei Brot und Backwaren reduzieren kann: Viele Unternehmen backen mittlerweile im Geschäft. Da gibt es wieder Kritiker, die das aus anderen Gründen nicht gut finden. Aber der Vorteil, wenn ich im Geschäft backe, ist, dass ich die Waren in kurzer Zeit frisch aufbacken kann. Wenn ich sehe, dass Bedarf da ist, kann ich kurzfris-

tiger nachlegen, als wenn ich mir die Waren ein- oder zweimal am Tag liefern lasse. Unter dem Gesichtspunkt ist das eine Möglichkeit, die Ware bedarfsgerechter zu steuern.

Zur Sortimentsvielfalt, die Sie ansprachen: Natürlich kann man sich trefflich darüber streiten, ob es nicht ausreicht, 15 Joghurtsorten zu haben. Warum braucht man 30? Die genaue Anzahl weiß ich nicht, aber ich weiß auch, dass – wenn man vor einem Regal mit Molkereiprodukten steht – es ziemlich viel ist und man durchaus mal den Überblick verlieren kann. Ich denke aber, dass eine Sortimentsvielfalt auch ein Ausdruck davon ist, wie frei wir als Lebensmittelhändler oder auch als Lebensmittelindustrie in der Lebensmittelwirtschaft, in der Marktwirtschaft agieren können. Was mache ich denn, wenn ich einen harten Wettbewerb habe, um mich von meinen Konkurrenten abzusetzen? – Ich versuche das über Produktentwicklung, Produktinnovation, über Weiterentwicklung. Ich stelle hier mal ganz offen die Frage: Will ich das eingrenzen? Will ich das verhindern? Möglicherweise ist die Frage ein bisschen rhetorisch. Will ich in die wirtschaftliche Freiheit des Herstellers eingreifen, der versucht, sich mit seinen Produkten vom Wettbewerber abzuheben? Über die Frage kann man sehr ernsthaft diskutieren. Man kommt dann aber auch zu der Frage, inwiefern ich in die unternehmerische Freiheit eingreife. Diese Frage kann man gern diskutieren.

Sie fragten mich nach dem Gesamtumsatz bzw. nach den Unternehmen, die wir vertreten. Der deutsche Lebensmittelhandel macht einen Jahresumsatz mit allen Waren, die er verkauft – die Non-Food-Waren, die Drogerieartikel, Tabakwaren, Presseerzeugnisse etc. – von ungefähr 158 Milliarden Euro. Die Unternehmen, die wir fachlich vertreten, gehören im Grunde genommen alle dazu. Sie müssten Ihre Frage vielleicht etwas präzisieren, dann kann ich genauer darauf antworten. Wir als Verband vertreten in fachlicher Perspektive im Grunde genommen alle Lebensmittelhändler, die ihre Ware verkaufen. – [Claudio Jupe (CDU): Auch alle Discounter?] – Ja! – Sollte ich ein Detail vergessen haben, gehe ich gern noch darauf ein.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Es gibt eine Nachfrage von Herrn Dr. Altug!

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Mir ging es nicht darum, dass man die Freiheit einschränkt, sondern ich wollte darauf hinweisen, inwieweit man damit umgehen kann. Wir wissen ja, dass sich jede Menge Geschmacksverstärker und wer weiß, wie viel chemische Zutaten in solchen Produkten befinden. Ich finde es wichtig, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher richtig informiert werden müssen, was für ein Produkt sie kaufen.

Ich habe noch eine Nachfrage, und zwar haben wir uns auch kurz darüber unterhalten, bestimmte Waren vor dem Ablauf des MHD zu einem reduzierten Preis zu verkaufen. In den Niederlanden ist das gang und gäbe, soweit ich weiß auch in manchen Biosupermärkten und Bioläden in Berlin. Wie ist das bei den Unternehmen, die Ihrem Verband zugehörig sind?

Christian Böttcher (Bundesverband des Lebensmittelhandels): Es tut mir leid. Die Frage habe ich nicht verstanden.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Es gibt Waren, Produkte, bei denen zum Beispiel morgen der letzte Tag ist, was das MHD betrifft. Ich sehe es in kommerziellen Supermärkten kaum, dass man solche Waren zu einem reduzierten Preis verkauft im Vergleich zu manchen Bioläden, Biosupermärkten oder auch in den Niederlanden, wo man auch in kommerziellen Supermärkten solche Produkte billiger kaufen kann.

Christian Böttcher (Bundesverband des Lebensmittelhandels): Es ist bei 40 000 Lebensmittelgeschäften, die wir in Deutschland haben, ein bisschen schwierig, einen Beweis oder Gegenbeweis anzutreten. Wenn das Ihre Wahrnehmung ist, dann wird das in den Geschäften, in denen Sie einkaufen gehen, wahrscheinlich nicht gemacht. Es gibt aber bei großen Handelsunternehmen interne Geschäftsanweisungen, dass frische Lebensmittel zu bestimmten Daten um bestimmte Preisstufen reduziert werden. Ein Beispiel: Fünf Tage vor dem MHD sind es 30 Prozent, drei Tage vor dem MHD sind es 50 Prozent usw. Das sind interne Geschäftsanweisungen, die die Filialleiter in den Filialen umzusetzen und das auszupreisen haben. Die Unternehmen gehen da natürlich sehr unterschiedlich vor. Es gibt die eine Strategie, dass Handelsunternehmen sagen: Wir stellen diese Produkte mit einem roten Etikett versehen mitten in die normale Auslage hinein, und dann kann man sehen, dass es um 50 Prozent reduziert ist. Dann guckt man auf das MHD und weiß das –, und es gibt Unternehmen – das wird der eine oder andere von Ihnen bestimmt irgendwo mal gesehen haben –, die in den Kühlregalen eine Sonderplatzierung dafür einrichten. Ich kann nur wiederholen, dass das gang und gäbe ist, ich kann Ihnen aber nicht garantieren, dass das alle 40 000 Geschäfte jeden Tag machen.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Herr Kreutzberger, bitte schön!

Stefan Kreutzberger (Autor und Medienberater): Ich wollte auch etwas zum MHD sagen und auf die Frage eingehen, was Verbraucher tun können. Das ist sicher eine sehr naheliegende Frage.

Zum MHD zur Erläuterung: Es stimmt nicht, dass nach Überschreiten dieses Mindesthaltbarkeitsdatums diese Waren nicht mehr verkauft werden dürfen. Sie dürfen verkauft werden, sie dürfen weitergegeben werden. Das passiert aber nicht. Das hat andere Gründe als die Qualität der Waren, das sind haftungsrechtliche Gründe. Man muss dazu wissen, dass das Mindesthaltbarkeitsdatum nicht nur von der Lebensmittelindustrie nach irgendwelchen Kriterien vergeben wird. Wissenschaftliche sind es jedenfalls nicht. Ein Joghurt – ich habe das recherchiert – ist 31 Tage haltbar, und Sie werden nirgendwo ein Joghurt mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum von 31 Tagen finden. Es ist – das hat die Studie der Uni Münster ergeben – eindeutig ein Regulierungsinstrument des Lebensmittelhandels, der zusammen mit der Lebensmittelindustrie für die einzelnen Produkte sehr unterschiedliche Mindesthaltbarkeitsdaten vergibt. Der eine oder andere Joghurt kann in dem einen Supermarkt ein längeres Mindesthaltbarkeitsdatum haben als in dem anderen. Das hat etwas mit dem Warenumsatz zu tun, ist also ein Steuerungsinstrument und hat nichts mit der Qualität zu tun. Es darf auch nur auf Lebensmittel vergeben werden, die nach Erreichen dieses Datums nicht schlecht werden. Das ist den Verbrauchern nämlich wirklich nicht bewusst. Er weiß, dass es zwei verschiedene Daten gibt. Aber schauen Sie mal auf die Verpackungen: Das Mindesthaltbarkeitsdatum und das Verbrauchsdatum sind genauso klein gedruckt. – Wir haben jetzt bei Frau Aigner angeregt, dass das Verbrauchsdatum doppelt so groß und in roter Farbe aufgedruckt wird, damit deutlich wird, dass es einen Unterschied zwischen diesen beiden Daten gibt.

Noch etwas zum Einzelhandel: Ich muss aus meiner empirischen Erfahrung dem Handel ein großes Lob aussprechen. In dem letzten Jahr hat sich tatsächlich sehr viel getan. Fast in jedem Supermarkt, in fast jeder Supermarktkette gibt es jetzt preisreduzierte Waren. Aber erst seit einem Jahr, erst seitdem wir in Deutschland so intensiv darüber diskutieren. Vorher hat es das nicht gegeben. Ich finde diese Entwicklung sehr gut und sehr richtig, und man kann das sehr

gut in das Warenwirtschaftssystem einbauen. Wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht. Und zwar hat jede Ware einen Barcode. In den Barcode kann man selbstverständlich auch die Daten einpflegen, wann das Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht wird. Dann könnte automatisch an der Kasse ein Rabatt abgezogen werden. Das war ein Vorschlag, den wir dem Lebensmitteleinzelhandel gemacht haben. Der ist sehr wohlwollend aufgenommen worden, aber es ist noch nichts passiert. Wenn Sie es jetzt anders herum machen, mit großen Aufklebern, soll es mir auch recht sein. Also, da tut sich viel. Das finde ich richtig. Man sollte bloß nicht denken, das Mindesthaltbarkeitsdatum wäre ein wissenschaftlich gesetztes Datum. Das ist es weiß Gott nicht.

Die Haftungsproblematik ist noch sehr wichtig. Wir haben mit dem Konzept Foodsharing alle Lebensmittelkontrollbehörden angefragt. Das Problem ist, dass nicht klar ist, wer dafür haftet, wenn ein Lebensmittel nach Überschreiten des Mindesthaltbarkeitsdatums tatsächlich zu einer Magenstörung des Verbrauchers führen würde. Ist zum Beispiel die Tafel dann dafür haftbar zu machen? Da haben wir eindeutig eine juristische Grauzone. Die Bundesministerin hat in den letzten Monaten eine klare Aussage dazu getroffen. Es ist aber noch keine Sache, die einheitlich so aufgenommen wird. Ich bin der Meinung, dass das noch viel Diskussionsbedarf ist. Wir haben bei der juristischen Prüfung der Foodsharing-Plattform im Internet, wo Privatleute Sachen weitergeben, nicht gewerblich weitergeben – – Das ist eine rein ehrenamtliche Geschichte, die keine Gewinnerzielungsabsicht hat. Da muss es ausgeschlossen sein, dass jemand dafür haftbar gemacht werden kann, wenn er Sachen in Partnerschaft- und Gemeinschaftshilfe weitergibt, hinterher zur Rechenschaft gezogen werden kann. Dann würde es nämlich keiner tun. Es ist auch ein großes Problem in den USA. Da gibt es mittlerweile einen guten Samariter-Akt. So nennt sich das. Das heißt, dass diejenigen Leute, die das aus gutem gemeinnützigen Ansporn tun, von solchen Nachforschungen oder Haftbarkeitsproblematiken freigestellt werden. Es wäre auch in Deutschland notwendig, das klarzuziehen. Die Formulierung, die das Bundesministerium getroffen hat, reicht nicht aus. Das muss geändert und weiter diskutiert werden. – Soweit zum juristischen Hintergrund.

Was können Verbraucher tun? Ich würde eigentlich lieber mit Ihnen darüber reden, was der Handel und die Lebensmittelindustrie denn noch tun können. Darüber wird viel zu wenig diskutiert. Weil ich es auch wichtig finde, dass der Verbraucher etwas tut, haben wir Foodsharing ins Leben gerufen. Wir fördern gerade regionale Strukturen. Es ist natürlich Quatsch, wenn man durch halb Berlin reisen muss, um sich eine Banane abzuholen, die einer nicht mehr essen will. Das ist Unsinn. Deswegen muss es ganz regional, ganz klein im Quartier stattfinden, und da müssen unheimlich viele Leute mitmachen. Das klappt in vielen Orten. Wir haben innerhalb von einem Monat 5 000 User auf der Seite, die mitmachen. Schauen Sie mal rein – www.foodsharing.de –, wie viele Essenskörbe dort schon angeboten werden. Wir hoffen, dass das noch viel mehr wird und dass viel mehr Hotspots – wir nennen das so. Eigentlich sind das ja Kühlspots, Kühltruhen in der Markthalle 9 – aufgemacht werden. Das hat aber auch juristische Probleme. Man muss genau aufpassen, wo das steht. Jemand muss aufpassen. Wenn Tüten aufgerissen werden, das wegräumen. Also, es ist immer mit viel Aufwand verbunden, aber wenn man das mehr diskutiert, mehr in die Öffentlichkeit bringt, kann man da sehr viel erreichen.

Noch einen Hinweis zu der Sortimentsvielfalt: Es gibt in den Supermärkten eine Sortimentsvielfalt, aber keine wirkliche Vielfalt von Produkten. Gerade da wollen wir ansetzen und sagen: Die regionale Produktion ist entscheidend zu fördern. Wenn der Bauer gezwungen wird,

seinen Salat unterzupflügen, dann ist es genauso, wie Sie es gesagt haben, Herr Kowalewski. Warum soll der Verbraucher da nicht hingehen und den Salat direkt vom Bauern mitnehmen können? Wir müssen Strukturen schaffen, die – es tut mir leid – den Handel mal ausklammern und direkt beim Bauern einkaufen, wie zum Beispiel in den USA – Community supported agriculture –, dass man direkt mit den Bauern Lieferverträge hat und auf Märkten quasi den Bauern dafür bezahlt, dass er für mich produziert. Ich komme also auch weg von dieser ganzen Waren- und Preiswirtschaft und werde Mitglied einer Kooperative. Wir haben es im Film „Taste to Waste“ gezeigt. Da kann sich eine Familie für 50 Cent am Tag soviel von wunderbarem Biogemüse mitnehmen, wie sie will. Das gibt es mittlerweile auch in Berlin und in den Bio-Höfen rund um Berlin. Solche Strukturen müssen gestärkt werden. Wenn man in der Richtung weiter denkt und aktiv wird, kann man, glaube ich, eine wunderbare Strategie für Berlin finden. Wenn der Handel gleichzeitig auch noch mitmacht, dann finde ich das eine super Geschichte. – Danke!

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Jetzt wollte zunächst Herr Böttcher noch etwas sagen, und Herr Behrendt hat sich noch gemeldet.

Christian Böttcher (Bundesverband des Lebensmittelhandels): Kurz, um das von Herrn Kreutzberger Gesagte aufzugreifen: Natürlich haben wir nichts dagegen, wenn sich solche Initiativen bilden, weil es eine gute Ergänzung zum stationären Lebensmittelhandel ist und weil es auch ein alternatives Angebot ist, dass das ergänzt. Wenn Verbraucher aus den Gründen, die Sie genannt haben, das annehmen, wären wir die Letzten, die sich dagegen sperren würden.

Eine kleine Ergänzung aus unserer Sicht zum Mindesthaltbarkeitsdatum und zu der juristischen Bewertung. Die Lebensmittelhändler und auch der Verband stehen auf dem Standpunkt, dass die Tafel in dem Moment ein In-Verkehr-Bringer von Lebensmitteln ist, und als In-Verkehr-Bringer von Lebensmitteln muss ich mich an die EU-Basis-Verordnung halten und alle rechtlichen Vorgaben erfüllen, die ein In-Verkehr-Bringer, wie es die Lebensmittelindustrie und der Lebensmittelhandel ist, auch erfüllen muss, weil ich in dem Falle die Lebensmittel weiter in den Verkehr bringe, wenn ich sie vom Handel abnehme. Also bleibt den Tafeln in der Beziehung nichts anderes übrig, als sich an dem Punkt auch über die haftungsrechtlichen Fragen klarzuwerden.

Stefan Kreutzberger (Autor und Medienberater): Aber das kann man tatsächlich juristisch ändern und klarer ziehen.

Christian Böttcher (Bundesverband des Lebensmittelhandels): Natürlich, das kann man ändern. Dann muss das Bundesverbraucherministerium bzw. die EU da noch mal rangehen. Das kann man machen, aber im Moment ist die Rechtslage genauso, wie sie Herr Kreutzberger beschrieben hat. – Das nur kurz als Ergänzung.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Herr Dr. Behrendt!

Dirk Behrendt (GRÜNE): Ich habe nur eine kurze Nachfrage. Ich bin als Kind mit Butterbergen und Milchseen der EU groß geworden, also einer völligen Fehlsteuerung der Subventionspolitik auf europäischer und auch auf nationaler Ebene. Die Frage an Herrn Kreutzberger: Hat sich da eigentlich etwas gebessert? Es wurde wahnsinnig viel Produktion finanziert,

was aber in der Vernichtung endete oder aber billig nach Afrika abgegeben wurde und dort die Agrarstruktur zerstört hat. Ist das weiterhin eine Baustelle, wo es lohnt, zu bauen, oder ist das besser geworden?

Stefan Kreutzberger (Autor und Medienberater): Die Butterberge und Milchseen – das ist Gott sei Dank 1983 beendet worden. Das gibt es in der Form nicht mehr. Es gibt aber nach wie vor die Problematik, dass die Sachen, die wir nicht essen wollen, für billiges Geld auf Märkte in Afrika transportiert werden, was dort lokale Märkte kaputt macht und den Menschen ihre eigene Lebensgrundlage, nämlich als Landwirte tätig zu sein, entzieht. Diese Problematik gibt es. Dafür gibt es nach wie vor auch noch Exportsubventionen des deutschen Staates. Da haben aber Frau Aigner und Herr Niebel als Bundesentwicklungsminister deutliche Zeichen gesetzt, dass sie das dieses Jahr ändern wollen. Ich hoffe, dass sie das tun. Das ist eine alte Forderung der Entwicklungspolitischen Gruppen und auch der Umweltgruppen, dass diese Exportsubventionen endlich abgeschafft werden. Da sehe ich wirklich eine positive Entwicklung.

Nach wie vor haben wir aber das andere Problem, dass unsere Waren nicht hier produziert werden, sondern in Entwicklungsländern, dort internationale Firmen Land aufkaufen, Land pachten, sogenanntes Land Grabbing betreiben und dort fruchtbare Flächen, die sich auf dieser Erde nicht vermehren, sondern eher immer weniger werden, okkupieren und diese Produkte nach Deutschland und Europa exportieren, die hier zur Hälfte im Müll versenkt werden. Das ist ein riesiger Skandal, der auch weltwirtschaftlich global betrachtet werden muss. Damit führt unsere Verschwendug und unser Überfluss hier zu Hunger in der Welt. Dieser Auswirkung müssen wir uns bewusst sein, und jeder Schritt, den wir hier tun, ändert etwas an diesem globalen System und auch etwas an der Ressourcenverschwendug. Was bisher viel zu wenig diskutiert und im Fokus gewesen ist, ist, dass diese Lebensmittelproduktion riesigen Mengen von Ressourcen verschwendet, verbraucht und einen unheimlich großen CO₂-Rucksack mit sich trägt. Es ist immens, wie viel der Fleischkonsum in den entwickelten Ländern an CO₂-Produktion ausmacht ist, und es ist deutlich mehr, wenn man die Landnutzungsänderung, wenn Regenwald abgeholt wird, um Soja-Plantagen anzulegen. Dann ist das mehr als beim gesamten Verkehrsbereich, das auch mal in Richtung der grünen gesagt, die das bisher auch nicht so richtig auf der Pfanne gehabt haben. Es ist tatsächlich nicht so gravierend Auto zu fahren, wenn man die ganze Zeit Fleisch isst. Aber mittlerweile ist die Diskussion durch viele Bücher wie „Tiere essen“ – Man muss es wirklich auch so diskutieren, wie es realistisch ist. – [Zuruf] – Beim Catering ist auch eine Frage, was hier weggeworfen wird.

Vorsitzende Cornelia Seibeld: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, was mit Blick auf die Uhr und die eigentlich jetzt endende Sitzung des Rechtsausschusses hilfreich ist, weil wir noch ein bisschen vor uns haben. Herr Böttcher, Herr Kreutzberger, ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, dass Sie hier waren und uns mit Ihren Informationen zur Seite gestanden haben und alle unsere Fragen beantworten konnten. Vielen Dank für das Herkommen und guten Heimweg!

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/0632
**Fünftes Gesetz zur Änderung des
Justizverwaltungskostengesetzes**

[0101](#)

Recht

Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verfahren gemäß § 44 Abs. 2 GO Abghs
**Beteiligung des Ausschusses an einem
verfassungsgerichtlichen Verfahren gemäß
§ 44 Abs. 2 GO Abghs**
hier: Normenkontrollverfahren beim
Verfassungsgerichtshof
– VerfGH 165/12 –

[0103](#)

Recht

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.